

Ercheint täglich außer Montags. Preis pr. Nummer: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 50 Pf. pro Monat. Eingetrag. in der Post-Verordnungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Veretns- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I. 4180. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 29. Juni 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

Berliner Volksblatt

mit der illustrierten Sonntagsbeilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure, sowie unsere Expedition, Beuthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus,

wöchentlich 28 Pfennige.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

3,30 Mark für das 3. Quartal

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.) Wir ersuchen unsere Postabonnenten höflich, das Abonnement rechtzeitig aufzugeben, damit die regelmäßige Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleidet.

Die Redaktion und Expedition des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Internationaler Sozialistischer Arbeiterkongress 1893 in Zürich.

An die Arbeiter aller Länder!

Werthe Genossen! Wir laden Euch hiermit ein, Eure Abgeordneten zu wählen und uns deren Namen mitzutheilen, soweit das nicht schon geschehen ist. Der Kongress findet nach dem von der Brüsseler Konferenz genehmigten Vorschläge des Organisationskomitees statt

vom 6. bis und mit dem 12. August im großen Saal der Tonhalle in Zürich.

Das gewonnene Lokal wird auch bei einer sehr starken Betheiligung genügen und steht die ganze Zeit des Kongresses zur Verfügung. Den Nationalitäten werden für ihre Sitzungen besondere Säle zur Verfügung gestellt, die ihnen rechtzeitig angezeigt werden. Für anständige Quartiere zu mäßigem Preise, sowie für gute und billige Speisegelegenheit werden wir Vorkehrung treffen.

Die Arbeiterschaft der Schweiz und speziell die von Zürich wird es sich angelegen sein lassen, ihre Arbeitsbrüder als willkommene Gäste zu empfangen, sie werden sich hier als unter Brüdern fählen. Für den Eröffnungstag, den 6. August, ist

Feuilleton.

Redaktion verboten.

12

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Der matt erleuchtete Saal war bereits dicht gefüllt. Auf einer roth ausgeschlagenen Estrade stand ein Mann mit langem, schwarzem Bart, der mit erhobener Stimme zu der Menge sprach. Aller Blicke hingen an seinem Munde, alle lauschten aufmerksam seinen Worten. Niemand hatte den Eintritt der drei Freunde bemerkt, die sich geräuschlos auf den Stühlen in der Nähe des Eingangs niederließen. Ihr erstes Gefühl war das des Staunens: diese begeisterte, lautlose Menge, die jedes Wort begierig in sich aufnahm, fesselte sie, ja, sie imponirte ihnen beinahe. Sie erinnerten sich dunkel der Predigten, die sie früher in dem geheimnißvollen Zwielicht einer großen Kathedrale mit angehört hatten. Aber sie erinnerten sich nicht, jemals dort eine so gespannte Aufmerksamkeit bemerkt zu haben. Stürmische Bravo's und lebhafteste Zwischenrufe, die nach gewissen Schreien aus der Menge ertönten, bewiesen ihnen außerdem, daß sie sich hier in einem ihnen völlig neuen Kreise von Menschen befanden. Allmählig erst erholten sie sich von ihrem Staunen. Neugierig blickten sie um sich und suchten nach Gegenständen, an denen sie ihren Spott auslassen konnten. Alfred behauptete, daß die Bestien aus dem Zoologischen Garten ausgebrochen seien und sich hier in der Versammlung ein Rendezvous gegeben haben müßten. Der

ein großer Umzug mit Versammlung auf einem gutgelegenen öffentlichen Plage zur Begrüßung der Abgeordneten, geplant. Auf einen Abend in der Woche bereiten wir eine große gemeinsame Abendunterhaltung vor und am Schlußtage, den 12. August, Nachmittags, hoffen wir, unsern lieben Gästen eine Fahrt auf dem schönen Zürichsee mit Extradampfer anbieten zu können.

Zur Bedienung des Kongresses, sowie als Führer zu Spaziergängen in die schöne Umgebung an Morgen- und Abendstunden werden hiesige Genossen bereit sein.

Indem wir uns bemühen, für die Unterkunft der Delegirten, für die Arbeiten des Kongresses, wie für die Unterhaltung in der freien Zeit alles so gut als möglich zu organisiren, hoffen wir auch auf eine recht starke Betheiligung der Abgeordneten aller Länder am Kongress.

Werthe Genossen! Wir brauchen Euch nicht zu sagen, denn Ihr habt selbst mitgewirkt: Der Vormarsch der sozialistischen Arbeiterorganisation aller Länder ist in den letzten Jahren ein großartiger gewesen. Ueberall ist die Bewegung bedeutend härter geworden und sie ist in immer weitere Kreise gedungen. Der Internationale Sozialistische Arbeiterkongress von 1893 in Zürich soll ein imponantes Bild dieses Vormarsches geben. Er wird sich in einer Stadt und in einem Lande versammeln mit den freiesten politischen Einrichtungen, die jetzt existiren, er wird sich also ganz frei bewegen können. Wir laden Euch ein, möglichst viele Abgeordnete zu schicken zum großen Tage der Brüderung aller Arbeiter. Möge der Kongress in Zürich eine nähere Station sein zur Erfüllung des großen Mahnrufs:

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Mit Brudergruß!

Zürich, den 15. Juni 1893.

Das Organisationskomitee.

Soziale Mißstände im Handelsgewerbe.

Da sind sie nun aufgedeckt, die schauerhaften Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe, die bis zuletzt noch von den Hütern der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung hartnäckig geleugnet wurden, und zwar ausgedeckt bereits durch eine mangelhafte Erhebung des Reiches, die die bekannte Reichskommission für Arbeiterstatistik „begutachtet“ hatte. Das will schon viel sagen. Erst durch eine Denkschrift des Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine, die freilich eine mündliche und gründliche Enquete verlangte, ließ man sich zu den betreffenden Erhebungen drängen. Man nahm sie dann nur für kaum zehn Prozent der Ladengeschäfte vor, übergab dabei eine ganze Reihe großer Handelsstädte, von denen man wahrscheinlich fürchtete, daß sich die Verhältnisse in ihnen schon zu weit zugespitzt hätten, vertheilte auf die Großstädte überhaupt, wo die Organisationen der Gehilfen naturgemäß am stärksten sind, eine verhältnismäßig sehr geringe Anzahl von Fragebogen, ließ Schulente über die- jenigen Gehilfen bestimmen, die gefragt wurden, machte den Fragebogen so unpraktisch und unvollständig wie möglich, indem man die Gehaltsfrage, die Sonntagsruhe, die außer-

gewöhnliche Arbeitszeit, die Frage nach den Arbeitsräumen, nach der Behandlung des Personals u. s. w. gesellschaftlich umging — und was ist trotzdem das Ergebnis?

Es liegt jetzt in einer Druckschrift der Reichskommission für Arbeiterstatistik vor, die sich betitelt: Erhebung über Arbeitszeit, Rüdigungsfristen und Lehrlings-Verhältnisse im Handelsgewerbe. Veranstaltet im September und Oktober 1892. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt Berlin 1893. Und es hat sich herausgestellt, daß gerade in den kaufmännischen Kleinbetrieben, wo die „Ordnungsparteiler“ das „patriarchalische Verhältniß“ zwischen Prinzipal und Gehilfen preisen, die Verhältnisse am erbärmlichsten liegen, und die Ausnutzung des Menschenmaterials am rücksichtslosesten betrieben wird. In den Großbetrieben und Großstädten, wo das Personal schon „heller“ geworden ist und sich nicht mehr alles bieten läßt, wo außerdem auch seitens der Geschäftsinhaber eine Masse kleinlicher Vorurtheile überwunden sind, wo der Athem des großen Verkehrs geht, der das „patriarchalische Verhältniß“ weggeblasen hat, da befindet sich das kaufmännische Personal immer schon etwas besser, wenn es auch noch unter einer Reihe grober Mißstände zu leiden hat. So muß selbst das Deutsche Reich mit seinen mangelhaften „Erhebungen“ der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle föhren, der Sozialdemokratie, die die Zukunft in eben jenen Großbetrieben und ihrer Ueberführung in gesellschaftliche Verwaltung sieht. Um nur ein Beispiel anzuföhren: Nach der amtlichen Feststellung kommt die regelmäßige, mehr als 16stündige Ladenzzeit wohl in den Geschäften mit 1-3 Hilfspersonen, nicht mehr aber in den größeren Betrieben vor. In Wirklichkeit wird sich vielleicht die Sache nicht ganz so günstig stellen, denn auch die Kleinen-Verkaufsgeschäfte kennen zu Zeiten eine ungebührliche Ausnutzung ihres Personals, was theilweise schon durch die Feststellung der amtlichen Enquete bewiesen wird, daß „verlängerte Ladenzzeit“ an einer unbestimmten Zahl von Tagen und Stunden ja häufiger ist, je größer der Betrieb ist — aber im übrigen trifft eben unser alter Erfahrungssatz auch für das Handelsgewerbe zu, daß Großbetrieb und bessere Arbeitsbedingungen Hand in Hand gehen, und diese Wahrheit wird auch den Handlungsgehilfen je länger je mehr zur richtigen sozialpolitischen Einsicht verhelfen.

Den dunkelsten Punkt der ganzen amtlichen Erhebung bilden wohl die Ziffern über Lehrlings- und Kinderausbeutung im Verkaufsgeschäfte. Nur für 4996 männliche und 1884 weibliche Handlungshilfelingen, von denen über 2000 noch unter 16 Jahre sind, stellte man die Arbeitsverhältnisse nach bekannter Methode fest. Und es ergab sich, daß schon 34 pCt. dieser jugendlichen Ausgebildeten männlichen Geschlechts 15, 16 und mehrstündige Arbeitszeit am Tage haben, während in Fabriken gleichaltrige Personen höchstens 10 Stunden abgerackert werden dürfen. Eine solche Ausnutzung spricht jeder Menschlichkeit

dort z. B. mit dem zu kurzen Hals und dem gesenkten Kopfe sei doch ohne Zweifel ein Büffel. Jener andere, dessen ungeheure Nase alles übrige in den Schatten stellt, sei das nicht ein wahrer Wasserrabe? Und so wollten sie noch einen Reihler, dem die Federn ausgerupft waren, einen Uhu mit seinen runden Glöhangen erkannt haben, ohne eine reiche Sammlung von Papageien zu rechnen, die durch eine Reihe älterer Frauen mit mißvergnügten Gesichtern und halensförmig vorspringenden Untertiefen vorgestellt wurden.

Mit halblauter Stimme theilte er seine Entdeckungen Guntram mit, der sie sehr geistreich fand und sich verpflichtet fühlte, darüber zu lachen. Schon war zwei oder dreimal ungeduldig zu ihnen herübergezischt worden, während André zwischen beiden ruhig dasaß und zuhörte.

Der Redner sprach von dem Kampf der Klassen, der gegenwärtig überall in der Welt entbrannt sei. Er zeigte der Versammlung, daß Arbeiter und Bourgeois, Arme und Reiche, magere und fette Leute in zwei unversöhnliche, feindliche Heerlager geschieden seien, und zum Schluß rief er leidenschaftlich erregt:

„Nein, Genossen, kein Bündniß mit jenen, kein Frieden, kein Waffenstillstand im Kampfe mit denen, die uns bis auf's Blut ausbeuten und uns am liebsten verhungern lassen! Zwischen uns und ihnen bilden all' das Geld und Gut, das sie uns gestohlen haben, einen höheren Wall als den, der unsere Stadt umgibt. Zwischen uns und ihnen hat das Blut, das sie vergossen haben, einen Graben gebildet, der tiefer und breiter ist, als ein Strom...“

„Hrasenheld!“ murmelte André zwischen den Zähnen. Der Redner fuhr fort: „Krieg, Krieg, beständiger Krieg, das ist's, was noth thut,

und deshalb, Bürger, Ehre und Dank denen, die in den Streik eingetreten sind, weil sie ihren Arbeitgebern offen den Krieg erklärt haben. Ich weiß es nicht, ob sie dieses Mal Sieger oder Besiegte sein werden; aber das eine weiß ich, daß sie für uns alle kämpfen, daß sie uns an unsere Pflicht als Kämpfer für die Revolution erinnern, daß sie bei allen denen, die nicht Feiglinge sind, eine heilsame Erregung hervorrufen werden. Und dann, wenn dieser Streik zu Ende ist, werden wir einen neuen beginnen, und dann noch einen und immer noch einen und so fort! Der Streik ist todt: es lebe der Streik! Das soll unser Kampfruf sein, so lange wir unsere Unterdrücker, die Unternehmer, nicht überwunden, so lange wir den sozialen Frieden noch nicht erreicht haben.“

Rauschender Beifall ertönte, während André sich sagte, Krieg bis auf's Messer, um Frieden zu haben; ein reizendes Mittel dazu! Uebrigens dasselbe Mittel, das auch die Herrscher zu demselben Zwecke anwenden. Es scheint also, daß man oben wie unten dieselbe Logik hat.

„Wie amüßst Du Dich?“ rief Alfred plötzlich. „Ist das nicht ein Spaß zum Todlachen?“

Ein zorniges, von zottigen, grauen Haaren umrahmtes Gesicht wandte sich nach dem Störenfried um und warf ihm einen eifrigen, verachtungsvollen Blick zu. Alfred, der eben im Begriffe war, zu gähnen, schnitt eine seiner häßlichsten Grimassen und bog sich über André's Stuhl hinüber, um Guntram ins Ohr zu flüstern, daß er in seiner Nachbarin mit positiver Sicherheit eine alte Hyäne aus dem zoologischen Garten erkannt habe. Doch tröstete er sich so gleich, indem er sich in die Betrachtung eines reizend geformten, weißen Nackens vor ihm versenkte, der den löstlichsten Gegenjah zu dem runzligen Halse der Hyäne bildete. Als Renner schloß er aus dem eng anliegenden,

Hohn. Und dann wundert man sich, wenn das Gros der Handlungsgehilfen, das sich aus diesen Lehrlingen rekrutiert, wie ja leider gesagt werden muß, für keine soziale oder politische Bewegung Interesse zeigt, nach den schauerhaften Mühseligkeiten der Lehrlingszeit nur kindische Vergnügungen als Erholung kennt, eine Anzahl strebsamer Leute natürlich ausgenommen, die sich ihren Idealismus sogar durch solche Mißere gerettet haben. So züchtet die heutige Gesellschaft selbst ihre Barbaren. Vorläufig scheint ihr die Vermummung dieser bedauernswürdigen Wesen noch nützlich zu sein; aber lange wird dieser Zustand nicht währen, dafür sorgt schon unsere Bewegung, die jeden an seine Menschlichkeit erinnert. Freilich wird es selbst den Gehilfen der Verkaufsgeschäfte schwer genug gemacht. Auch für sie dauert nach den vermuthlich noch viel zu günstigen Feststellungen der amtlichen Erhebung die regelmäßige Ladenzeit in 28 pCt. der Geschäfte 15, 16 und mehr Stunden, 12 Stunden und weniger nur in 14,9 pCt. Am schlimmsten sind naturgemäß diejenigen Kommis daran, die Kost und Wohnung im Hause des Prinzipals haben — sie stellen so eine Art moderner Hausknechte dar, welche die Erinnerung an das Mittelalter erhalten helfen, wo der „Gaudiumsdienner“ auch äußerlich die — Livree seines „Herrn“ trug. Außerdem zeichnet sich der Kolonial- und Materialwaarenhandel durch eine besonders lange Ladenzeit aus. In dieser Branche haben auch 69 pCt. der Angestellten keine regelrechte Mittagspause; im allgemeinen entbehren nicht weniger als 45 aller Gehilfen diese Selbstverständlichkeit! So weit hat man die Verhältnisse herunter kommen lassen und den Leuten fortwährend gepredigt, daß niemand zufriedener sein dürfte als sie. Wohl nur als schlechter Scherz ist es zu betrachten, wenn im Text zu diesen blamablen Feststellungen von einigen Prinzipalen gesagt wird, die Ladenzeit und Arbeitszeit der Gehilfen sei bloß „Arbeitsbereitschaft“, ihre wirkliche Arbeitsleistung reduziere sich auf die Zeit von 8 bis — 2 Stunden täglich; auch könnten sie oft „Lust schöpfen“, in ruhigen Ladenstunden Fortbildungsstudien treiben u. s. w. Diese Stellen des amtlichen Schriftstückes müssen recht oft in öffentlicher Versammlung vorgelesen werden; die beteiligten Gehilfen werden die Antwort darauf nicht schuldig bleiben. Außerdem haben die Herren, die so etwas wiedersprechen, übersehen, wie sehr sie gegen sich selbst zeugen: je weniger in der langen Ladenzeit „wirklich gearbeitet“ wird, und mancher Prinzipal soll da ganz Beträchtliches im Wenigen Arbeiten leisten, desto blöder sind doch alle Nebenarten von der Nothwendigkeit dieser Ladenzeit und desto rascher kann eine wesentliche Verkürzung derselben eintreten. Die weiblichen Gehilfen in Verkaufsgeschäften, die zur Hälfte auf Bekleidungsgegenstände fallen, hätten nach der amtlichen Erhebung wesentlich „nur“ 12, 13 und 14 stündige Arbeitszeit (immer einschl. Pausen), ebenso die Lehrmädchen; uns will dieses „statistische Ergebnis“ etwas wunderbar vorkommen. Hier hat aller Wahrscheinlichkeit nach immer der Prinzipal die Antwort für das Mädchen gegeben. Wenigstens ist bezüglich der Kündigungsfristen festgestellt, daß die Mädchen noch weit ungünstiger als der männliche Verkäufer stehen: zu 46 pCt. auf kürzere als Vierteljahrs-Kündigung, während angeblich nur 26 pCt. der männlichen Kommis eine kürzere als die handelsrechtliche Quartalskündigung haben. 14 tägige, einwöchige und eintägige Entlassungsfristen sind ja auch verzeichnet, und sie stellen das Elend des kaufmännischen Verkaufspersonals erst in das rechte Licht. Aber sie würden wahrscheinlich noch weit häufiger festgestellt worden sein, wenn man nicht mit der Enquete so „auf die Dörfer“ gegangen wäre. Dort muß der Prinzipal dem Kommiss für die Hausklaverei wenigstens eine etwas größere Sicherheit gegen Stellenlosigkeit bieten.

Die hundertertei sonstigen Daten, die sich über das Elend der Handlungsgehilfen und Lehrlinge in Verkaufsgeschäften aus dem amtlichen Schriftstück entnehmen lassen, müssen in der Bewegung der Handlungsgehilfen noch ausführlicher, als es hier geschehen kann, ausgezählt und weidlich zur Erhellung der Köpfe benutzt werden. Ist es doch so bezeichnend wie nur möglich, daß die mangelhafte amtliche Umfrage im Handelsgewerbe laut Geständnis des Statistischen Amtes größere Schwierigkeiten gefunden hat, als z. B. diejenige bei den Bäckern. Eine Reihe von Geschäften hat sich positiv geweigert, Auskunft zu geben, den Gehilfen sind die Antworten vielfach vom Prinzipal verfaßt worden u. s. w. So sehr sind die Prinzipale schon gewohnt, ihr Personal en casu zu behandeln. Mögen sich die männlichen und weiblichen Gehilfen rühren, um solcher Schande ein Ende zu machen. Zunächst sollten sie Eingaben über Eingaben an die Reichskommission richten; wir wollen eine wirklich Gehilfenenquete, dann werden noch ganz andere Dinge an das Tageslicht kommen!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. Juni.

Unsere Genossen im Auslande. Aus Bloesti (Rumänien) wird uns unterm 28. Juni telegraphirt:

„Begeistert von Eurem glänzenden Sieg schiebt der Generalrath der Sozialdemokratie Rumäniens seine brüderlichen Glückwünsche den tapferen und unermüdeten Kämpfern Deutschlands. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“

Der Sekretär für das Ausland:
Alexander Radovian. —

Stichwahl-Ergebnisse liegen bis jetzt 177 vor. Es sind in ihnen gewählt:

Sozialdemokraten	20
Konservative	24
Deutsche Reichspartei	13
Nationalliberale	36
Freisinnige Vereinigung	8
Freisinnige Volkspartei	25
Süddeutsche Volkspartei	7
Ultramontane	12
Welsen	7
Polen	7
Antisemiten	13
Wido	3
Elfässer	1

Drei Stichwahlen stehen noch aus. —

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berechnet, daß 205 für, 191 gegen den Antrag Biene gewählt sind. —

Die Mehrheit der Wahlstimmen, welche am 15. Juni gegen die Militärvorlage abgegeben worden ist, beträgt, wie man der „Freisinnigen Zeitung“ zuverlässig mittheilt, weit mehr als 200 000 Stimmen. Das Reichsamt des Innern soll ab sichtlich mit der Veröffentlichung der Zusammenstellung der Statistik zögern, um nicht dies für die Militärvorlage ungünstige Ergebnis hervortreten zu lassen. —

Der Ruhhandel hat schon wieder begonnen. Kaum ließ das Ergebnis der Stichwahlen sich einigermaßen absehen, so fing auch das Schachern um die Militärvorlage wieder an. Unter der Reichstags-Majorität, welche die Reaktionsparteien für die Militärvorlage zusammengerechnet haben, befinden sich auch verschiedene, die nicht ganz sichere Kantontisten sind, z. B. die Herren der Freisinnigen Vereinigung und verschobene Wido. Diese gilt es nun zu gewinnen — und da ist denn der Ruhhandel wieder im flottsten Gange. —

Zum Zollkrieg mit Rußland feuert das Organ der Brotverkäufer, die „Kreuz-Zeitung“ unsere Regierung an. Gegenmaßregeln sollen getroffen werden, statt der Vereinbarung soll der Krieg entbrennen. Die Fische zahlen ja nicht die „Edelsten und Besten“, die bei der Preissteigerung der Lebensmittel glänzende Geschäfte machen, sondern die ausgepörrten breiten Schichten des Volkes. Im Falle der Noth sollen, so gültig ist die „Kreuz-Zeitung“, die Getreidezölle zeitweise aufgehoben werden, vorübergehend. Wie hoch müssen die Getreidepreise sein, damit die „Kreuz-Zeitung“ die „Noth“ feststelle! Wohl dann, wenn die Erbitterung der ausgehungerten Masse die Herren zittern macht. Durch die Suspension der Zölle ermüde man es, sagt das Junkerblatt, die Ernährung des Volkes zu sichern und Hungerpreise zu vermeiden. So giebt selbst das Organ der Hochschulzöllner zu, daß unter der Herrschaft des Tarifs Hungerpreise sich bilden können, wie es schon früher in einer schwachen Stunde eingestanden hat, daß die Zölle die Preise steigern, und daß die Verbraucher, nicht die ausländischen Lieferanten den Zoll zahlen. Aber die „Kreuz-Zeitung“ mühte nicht die Vertreterin des profitstüchtigen Großgrundbesitzes sein, wenn sie nicht erklärte:

„Vor jeder Ueberreilung muß man sich dabei wohl hüten. Die heimische Landwirtschaft darf nicht vortheilhaft nachtheilhaft werden; solange die Preise erträglich bleiben, muß sie den Nutzen davon haben, das Ausland nicht. Das läßt sich aber nur durch Maßnahmen zeitweiliger Art „reguliren“, durch bleibende Bestimmungen nicht.“

Die heimische Landwirtschaft, d. h. der verschwindend kleine Bruchtheil der Großgrundbesitzer, die auf Kosten der Kleinbauern und der Gesamtheit sich bereichern, soll „erträgliche“ Preise haben, das ist das Wichtigste. Nur eine „Maßnahme“ aber „regulirt“ diese Dinge, das ist der Sturz der Lebensmittelzölle. Ein Zollkrieg wirkt stets verheerend. Man möge sich daran erinnern, wie Rumänien und Oesterreich, Italien und Frankreich bei solchen Auseinandersetzungen gelitten haben. Seit Anfang 1893 zerfielen sich die Schweiz und Frankreich in einem

mörderischen Höchsttariffkriege. Wahrlich, die Spären schrecken. Kein Krieg, sondern friedliche Uebereinkunft, kein Differentialzoll, sondern der Zollfuß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, dies ist das Mindeste, was das Volk fordert. Geldst aber wird die Frage erst, wie wiederholen es, wenn endgiltig mit der Schutzzöllerei gebrochen wird. —

Ausfuhrverbot für Futtermittel? Als die Getreidepreise vor Jahr und Tag reichend schnell emporgeschossen waren, als Weizen wohlfeiler war, wie das Vorkorn, der Roggen, da suspendierte die Regierung nicht die Zölle, sie bescheerte uns in Preußen mit dem Staffeltarif, der den österrischen Junkern den Wettbewerb gegen den westdeutschen Getreidehandel, die westdeutsche Getreide- und Mehlerzeugung erheblich erleichterte. Heute, da die Futtermittel unser Kleinbauernthum ernstlich bedroht, soll dem Reichstage, wie die „Kreuz-Zeitung“ meldet, eine Vorlage zugehen, die das Ausfuhrverbot von Futtermitteln aus Deutschland fordert. Allem Anscheine nach sei in den Nachbarländern, namentlich im Westen, die Futtermittel infolge Wassermangels eine noch größere als in Deutschland, und man suche dort nach Mitteln, um der Noth abzuhelfen. Das Nächstliegende würde wohl sein, daß Ankäufe bei uns gemacht würden. Dem solle rechtzeitig durch ein Ausfuhrverbot entgegengetreten werden. Da haben wir wieder die klägliche Halbheit der sozialen Politik von oben, die nur durchgreift, wenn und wo der Unternehmerschuh ins Spiel kommt, mögen es nun landwirtschaftliche oder großgewerbliche Unternehmen sein. Das Ausfuhrverbot ist eine unzulängliche Maßregel. Weit wichtiger, ja ausschlaggebender ist es, daß die Zölle auf Futtermittel mindestens suspendirt werden und zwar ohne Bögen. Eile thut Noth, jeder Aufschub trägt bei zum Niedergang derselben Kleinbauern, für die angeblich der Bruder Junker so viel zu thun bereit ist. Wir müssen zollfreie Futtermittel in Massen einführen. Aber die Suspension genügt nicht, die Futterzölle so gut wie die Lebensmittelzölle müssen beseitigt werden.

Heute mag der Bauer lernen, was es heißt, durch eine junkerfreundliche Schutzpolitik sich künstlich die Zufuhr abzuschneiden, nur um den Großgrundbesitzern recht hohe Preise zu sichern. Fort mit den Zöllen! —

Dem Bundesrath ist, wie heute Abend gemeldet wird, in der That der Entwurf einer Verordnung zugegangen, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln. Die Vorlage steht bereits auf der morgigen Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesraths. Unsere Auffassung zu dieser Frage haben wir zur Genüge dargelegt. —

Nur immer langsam voran. Ein parlamentarischer Berichterstatter schreibt mit Vorbehalt:

„Es verlautet, daß die augenblickliche Landtagstagung zwar schnell die schlechtesten Arbeiten erledigen, aber mit Unterbrechung bis zum Herbst hinausgeschoben werden soll. Die Staatsregierung hat zwar für jetzt von Nothstandsmaßnahmen abgesehen, will jedoch die Zwischenzeit zur Anstellung von Ermittlungen in der Nothstandsfrage verwenden. Die etwaigen nothwendig werdenden Nothstandsmaßnahmen würden alsdann im Herbst dem Landtage zugehen. Die Landtags-Neuwahlen würden erst im Dezember stattfinden.“

Im Märztempo der Krähwinkler Landwehr geht die Regierung vorwärts. Der Nothstand ist auf, sie ermittelt. Ist der Viehstand der Bauernschaft derweilen demittirt, haben wir die Mißernte, fehlt es an Dünger, es wird weiter ermittelt. Eine Politik des Zauderns in diesem Augenblick paßt dem Landmann die Einsicht in die Bauernfreundlichkeit der Herrschenden, für die er verblendet seinen Stimmzettel abgibt, mit aller Grundsichtigkeit ein. — Wie anders gehen kleinere Bundesstaaten vor! Der hessische Landtag ist zu einer außerordentlichen Tagung einberufen worden, um über eine Vorlage zu berathen, die zur Milderung der Futtermittel 3 Millionen Mark beansprucht und hat diese Vorlage angenommen.

Zur Nothstandsfrage ist endlich von dem bekannten freikonservativen Landwirthe Schulz-Lupitz, der in Fragen des Landwirtschaftsbetriebes eine Autorität ist, mit Unterstützung von 29 Fraktionsgenossen nachstehende Interpellation eingebracht worden:

„Welche Mittel gedenkt die königl. Staatsregierung zu ergreifen, um den infolge der anhaltenden Dürre bereits eingetretenen, für den Winter aber noch vermehrt drohenden Nothstand in betreff Viehfutter und Streumaterial namentlich der ländlichen Kleinrentner auf geringeren Wöden nach Möglichkeit zu mildern?“

Den Deutschfreisinn scheint seine Reichstagswahl-Niederlage so erschüttert zu haben, daßer im Landtage seine vielgerühmte Bauernfreundlichkeit noch nicht zu einem Antrage oder einer Anregung aufgestachelt hat. —

einfachen Kleide auf eine zielliche Gestalt, und als er sich weiter vorbeugte, erblickte er auch ein regelmäßig und anmuthig gefornites Profil, dessen größte Schönheit in dem nachschwarzen Auge lag.

Unterdessen fuhr der Redner in seinem Vortrage fort. Seine Rede und seine Gesten wurden ruhiger. Er sprach von dem endlichen Siege des Volkes, von der nicht mehr fernem glücklichen Zeit, in der die Gerechtigkeit auf Erden herrschen, der Zeit, in der aller Neid und aller Haß durch den reinen, belebenden Hauch der Brüderlichkeit hinweggeweht sein würden. — „Er hat also den Schlüssel zum Paradies wiedergefunden, dieser theure Bruder Raim“, murmelte Andre. Dann erinnerte der Redner die durch das Bild jener schönen, strahlenden Zukunft bewegte und tief ergriffene Menge wieder an die Streikenden, die ohne Brot, ohne einen Unterschlupf, ohne wärmendes Feuer darben müßten; er erklärte, daß die Versammlung es sich selbst und der großen Sache schuldig wäre, den Streikenden ihr Einverständnis und ihre Sympathie auszudrücken und ihnen durch eine Sammlung, die stattfinden sollte, eine Unterstützung zukommen zu lassen.

Nichts als Phrasen und 25 Franks und 25 Centimes, selbstverständlich auch einige Knöpfe darunter, und das soll ihnen auf die Weine helfen?! Albern's Possenspiel!

Es war die quälende Stimme Alfred's, welcher diese Worte, die nur für seine beiden Kameraden bestimmt waren, nicht eben leise hervorrief. Aber seine Bemerkung war auch noch von anderen gehört worden. Die „Hyäne“ hatte sich entrüstet umgewandt:

„Das ist eine Unverschämtheit“, rief sie, „hier die Weidlicher des Volkes in solcher Weise zu beschimpfen!“

Alles erhob sich, jeder wollte den Urheber des Skandals sehen. Alfred machte sich in seinem Stuhl so klein wie möglich, leider zu spät! Seine Freundin wies unerbittlich mit der ausgestreckten dünnen Hand nach ihm. Das Monocle, das der arme Junge ins Auge geklemmt hatte, war auch nicht gerade das kleinste von seinen Verbrechen. „Seht doch diesen Laffen mit dem Viereck im Auge, und der kommt hierher und macht sich über uns lustig!“ Und ein wahrer Strom von entsetzten Worten und drohenden Gebarden ergoß sich über ihn. Andre und Guntram versuchten zu vermitteln. Ihr Vorgehen erregte die Menge noch mehr. Indessen schwang der Vorsitzende auf der Estrade, wo man die Ursache des Tumults nicht kannte, verzweifelt die Glocke. Da rief eine Stimme:

„Hier ist ein Bourgeois, der gegen die Unterstützung an die Streikenden protestirt und uns Possenreißer nennt!“

Die ganze Versammlung hatte sich empört erhoben. Einer rief:

„Er soll auf die Tribüne kommen und von dort sagen, was er will.“ — Und die Versammlung wiederholte im Chor: „Auf die Tribüne! Auf die Tribüne!“ Der arme Alfred, er hätte einen bejammernswürthen Aublick schon bei dem bloßen Versuch, auf die Tribüne zu steigen, geboten! In seinem Stuhl zusammengekauert, mehr lott als lebendig, ganz betäubt, von allen Seiten gepufft, gestoßen, gezerrt, stammelte er nur mit verlöschender Stimme:

„Aber ich habe ja garnichts zu sagen, meine Herren, wirklich nichts. Ich habe nur ein wenig geknult. Lassen Sie mich doch los! Ich nehme ja alles zurück, was Sie wollen.“ —

Vergebliche Mühe! Man machte schon Miene, ihn am

Kragen zu packen und zur Estrade zu zerren, als Andre plötzlich rief: „Aufgepaßt, Guntram!“ Indem er mit einer heftigen Bewegung die ihn Umringenden zurückstieß, ergriff er einen Stuhl und schwang ihn plötzlich mit einer solchen Gewalt um sich her, daß zwei Arbeiter zu Boden stürzten und die übrigen schleimig nach rückwärts drängten. In einem Augenblick war der Platz um ihn herum frei. Die Thür war nur zwei Schritte entfernt, der Weg frei, so daß Guntram und Alfred, einer den andern nachziehend, in einem Moment draußen waren. Andre hatte ihnen jedoch nicht so schnell folgen können. Das war schlimm für ihn. Er sollte nun für die beiden anderen büßen. Die beiden Männer waren inzwischen wieder auf die Füße gesprungen und fielen jetzt mit den Fäusten über Andre her.

Ein schredlicher Stoß, und er war verloren, von seinen Freunden abgeschneitten und an die Wand gedrückt.

„Ich schlage dem ersten, der mich anrührt, den Schädel ein“, rief er und hielt seinen Stuhl in so drohender Haltung bereit, daß alle sahen, er war der Mann, es auch auszuführen.

Es trat ein Augenblick des Bögers und beinahe der gänzlichen Stille ein. Da vernahm man eine helle, vor Erregung zitternde Stimme, offenbar die einer Frau:

„Das ist feige, was Ihr da thut. Behn gegen einen! Ihr solltet Euch schämen!“

Andre bemerkte zugleich etwa drei Schritte von ihm blickt neben der Frau mit den wirren grauen Haaren zwei große schwarze Augen, die aus einem reinen, bleichen Gesicht leuchteten. Die helle, zarte Stimme schien wirklich Eindring auf die Augeweiser gemacht zu haben, denn mehrere von ihnen zogen sich zurück. (Fortf. folgt.)

Militärstaatliches. Die Rohheit des Lieutenanten von Basse in Braunschweig hat bis zum heutigen Tage keine Sühne gefunden. Die Reiterischen Geschäfte des jungen „Edelsten“, dem „sein Pferd zu lieb ist“, war bekanntlich in der Braunschweiger Stadtverordneten-Versammlung erörtert worden. Die Versammlung hatte einstimmig beschlossen, daß der Magistrat der Militärbehörde in Erinnerung zu bringen habe, daß der betreffende Theil des Kleinen Exerzierplatzes überhaupt vom Militär nicht betreten oder benutzt werden dürfe. Die Antwort auf die Verhandlung über den betreffenden Antrag des Stadtverordneten Lord ist nicht lange ausgeblieben. Wie sie ausgefallen, zeigt folgende Mittheilung des „Braunschweiger Tageblatts“:

„Die Erwartung, daß militärischerseits nach dem neulich passirten bedauerlichen Vorfall auf dem Kleinen Exerzierplatz und namentlich nach dem Beschlusse der letzten Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die schärfere Respektirung des Abkommens über jenen Platz, namentlich die Wiederkehr von unerquicklichen Vorgängen wenigstens auf diesem Gebiete — das leidige Schießen auf dem Infanterie-Kasernenplatz dauert ja bekanntlich noch fort — ausgeschlossen sein würde, hat sich nicht erfüllt. Obgleich vertragsmäßig der weithliche Theil des Platzes vom Militär überhaupt nicht und obgleich an gewissen Tagen, wie am Sedanfest, Johannismarkt u. s. w. der ganze Platz vom Militär nicht benutzt werden darf, sah man während des geistigen Johannismarktes Vormittags halb 11 Uhr zu allgemeiner Ueberraschung zwei Husaren-Offiziere, gefolgt von einem Unteroffizier und einem Offiziersburschen in scharfer Trabe von der Ecke der Neben- und Gensofstraße her quer über den von vielen Menschen, darunter auch Kinder, belebten Platz reiten. Die dort Dienst thunenden Polizeibeamten schienen nicht in der Lage zu sein, gegen dieses Verfahren, das man im Publikum allgemein als provozirend auffaßte und das leicht wieder ein Unglück herbeiführen konnte, einschreiten zu können.“

Daß das liberale „Tageblatt“ nicht das Selbstverständliche einsteht, daß nämlich die städtische Polizei die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit hat, solchen Ueberrufen mit aller Energie — die Herren sind ja so „energisch“ gegen die organisierte Arbeiterchaft — zurückzuweisen, das ist echt liberal. Wird nicht Wandel geschaffen, so greift das Recht der Nothwehr Platz, der Bürger muß sich selbst gegen den Uebermuth und die Rohheit solcher Offiziere schützen, die durch ihr herausforderndes Verhalten die handfesteste Gegenwehr provozieren. Gewisse Herren im bunten Rock scheint der Hase gerade so zu strecken, wie ihre Väter vor 1848. —

Unterstützung der Invaliden aus den Kriegen vor 1870. Dem Bundesrath ist der Antrag seiner Ausschüsse für Rechnungswesen, für Landwehr u. d. Seewesen über den Gesehentwurf betreffend die Gewährung von Unterstützungen an Invaliden aus den Kriegen vor 1870 und an deren Hinterbliebenen behufs Gleichstellung mit denen des Krieges von 1870/71 zugegangen. Dieser Gesehentwurf, der sich mit den Bestimmungen der Invalidengesetze von 1871 und 1873 deckt, will die Gärten beseitigen, die entstehen durch Anwendung der älteren Pensionsgesetze auf die durch die Kriege vor 1870 invalide gewordenen Personen des Soldatenstandes und Beamten des Heeres und der Marine sowie auf deren Hinterbliebenen, sowie auf die Hinterbliebenen der in diesen Kriegen Gefallenen gegenüber den gleichen Kategorien von Interessenten, die nach dem Pensionsgesetze vom 27. Juni 1871 bezw. dem Reichsbeamten-Gesetze vom 31. März 1873 und den später zu diesen Gesetzen ergangenen Novellen behandelt werden. Diese Gärten konnten durch Ausnahme entsprechender Bestimmungen in die Novelle vom 22. Mai 1868 zu dem gedachten Pensionsgesetze nicht ausgeglichen werden. Ein neues Gesetz war nothwendig. Der Entwurf beabsichtigt nun den als nothwendig anerkannten Ausgleich bei Zugrundelegung der heutigen gesetzlichen Vorschriften in Unterstützungswege unter Ausschließung des Rechtsweges herbeizuführen und hierfür die entsprechende Handhabe, sowie die erforderlichen Mittel zu bieten. Die Bestimmungen des Gesetzes sollen übrigens auch auf die früheren Angehörigen der schleswig-holsteinischen Armee und deren Hinterbliebenen Anwendung finden. Eine Nachzahlung für die vor dem Eintritt der verbindlichen Kraft des Gesetzes liegende Zeit ist ausgeschlossen. Die Bewilligungen nach Maßgabe des Gesetzes sind aus dem Reichs-Invalidenfonds, und zwar für das laufende Rechnungsjahr, bis zum Höchstbetrage von 1250 000 M. flüssig zu machen. Dem Königreich Bayern wird zur Behandlung der gleichartigen Ausgaben eine Summe überwieisen, welche sich im Verhältnis des bayerischen Militärkontingents zu der Höhe des thüringischen Aufwandes für die übrigen Angehörigen des Reichsheeres bemisst. —

Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 27. Juni den Gesehentwurf betreffend die Aufhebung direkter Staatssteuern unter Ablehnung des Antrages des Grafen Königsmark auf Streichung der Bestimmung über Rückzahlung der Grundsteuerentschädigung unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen. Wunderbar, höchst wunderbar! Der Bund der Landwirthe muß nun den Herrenhäuslern, die so revolutionär sind, die Rückzahlung einer den Junkern gereichten Liebesgabe zu billigen, den Krieg erklären. —

Das Zentrum hat 10 Sitze verloren, Menckeln (Ostpreußen) an den militärischen „Holen“ Wollschläger, lies Wollschläger, Danzig-Land, Mors-Rees, Breslau-Land an die Konfessionen, Essen und Borch an das Kartell, Forchheim an den Deutschfreisinn, Straubing-Parlirschen, Kelheim an die zentrumsfeindlichen Vertreter des niederbayerischen Bauernbundes, und Reichenbach-Neurode an die Sozialdemokratie. Im Zentrum selbst sind Bender und Prinz von Arenberg auf den Antrag Duene eingeschoren und darauf hin gewählt. Er bröckelt doch, der Zentrumssturm. —

Muß das sein? Auf Anordnung der Berliner Staatsanwaltschaft ist der im Verlage von Blöb erschienene antisemitische politische Bilderbogen Nr. 8 wegen Verleumdung Caprivis in Leipzig mit Beschlagnahme belegt worden. Graf Caprivi hat bisher die lithographirten Strafanträge seines Vorgängers nicht für notwendig gehalten. Und er that gut daran. Wer im öffentlichen Leben steht, muß sich auch die schärfste Kritik gefallen lassen; je bedeutsamer seine Stellung ist, um so unempfindlicher muß er sein. Und gar die politische Karikatur verfolgen, heißt der Pressefreiheit die Lebenslust nehmen. Je stärker eine Position, desto leichter erträgt sie die Satire, sei sie nun lobig oder fein, grob oder stachlig. Lithographirte oder geschriebene Strafanträge sind bismärtlich. —

Mit der Börse ernsthaft an den Krügen gehen wollen, sind in der Wünderheit, und die geheimlichen Regierungskommissare gehen mit der Mehrheit oder führen sie sogar. Es geht der Regierung hier so wie auf allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebieten. Die

Bismarck'sche Politik, welche heute in demselben Kurs fortgesetzt wird, hat mit den ausschweifendsten Forderungen und Quertreibereien der Agrarier, Böllner, Antisemiten, Fünftler, obwohl keine Regierung in der Lage ist, sie zu erfüllen, kokettirt; möchte sie nun auch noch so viel gewähren, befriedigt hat sie keinen, wohl aber die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit angestachelt. Die Minderheit der Börse-Enquete-Kommission will nun in einer besonderen Denkschrift ihre Stellung zu den meisten in der Kommission behandelten Fragen und das Verhalten der Majorität ihnen gegenüber besprechen. —

„Germanisirung.“ Nach einer Meldung aus Posen kaufte die Anstaltungskommission vier in der Provinz gelegene Rittergüter: 1. Batalice (Kreis Schrodau), 850 Hektar, für 216 000 M.; 2. Biedezlo (Kreis Dombrowitz), 508 Hektar, für 356 000 M.; 3. Stanislawowo (Kreis Breschen), 250 Hektar, für 217 000 M.; 4. Arkuszewo (Kreis Gnesen), 463 Hektar, für 391 100 M. Die Polen gewinnt man durch eine kulturfreundliche Politik, die der Masse eine Heimath schafft. Das Ansehen kleiner und größerer deutscher Bauern im polnischen Sprachgebiet blüht nicht. —

Die Verkommtheit der Bourgeoisie. National-liberale Blätter beschäftigen sich mit der Tagesordnung des Züricher Kongresses und bemerken zu den im Auszug mitgetheilten Anträgen:

Wir müssen uns damit begnügen, aus der großen Zahl der Anträge diese kleine Blüthenlese zu geben; wir denken, der Leser wird nicht nach mehr verlangen. Aber wie sehr der Appetit seit drei Jahren gewachsen ist, mag man aus der neuesten Tagesordnung ersehen, um zu erkennen, daß Jedermann, dem die Erhaltung von Kultur und Zivilisation am Herzen liegt, auch gerüstet sein muß, bei Zeiten der andringenden Gefahr der Barbarei und Tyrannei entgegenzutreten. Jedermann muß dies als seine heilige Pflicht ansehen und darf ferner nicht den schweren Kampf allein den Regierungen überlassen.

Und was bezwecken die Anträge, die den Grimm des nationalliberalen Gelichters erwecken? Die Bekämpfung des Militarismus. Die Herbeiführung des internationalen Friedens! Also eine Kulturaufgabe, die seit Jahrhunderten allen edlen Menschen und weitsichtigen Denkern als Ideal vorgeschwebt hat, und auch das Ideal des Bürgerthums war, so lange es noch Ideale hatte. Jetzt, da das Bürgerthum im rohesten Materialismus versunken und in die wütheste Barbarei zurückgefallen ist, hat es die Stirn, seine Barbarei Kultur zu nennen, und die Forderungen der Kultur als Barbarei zu bezeichnen. Die Anträge zum Züricher Kongress mögen zum Theil etwas überschwänglich sein, daß sie aber von den edelsten Beweggründen eingeleitet, von der tiefsten Humanität durchdrungen sind, das muß auch dem verhärtetsten Gegner unserer Partei einleuchten, und wir sagen nicht zu viel, wenn wir sagen: die Bourgeoisblätter, die diese schmachvolle Notiz veröffentlichen, haben sich, ihrer Partei und ihrer Klasse das Brandmal der Schande aufgedrückt. —

Freiheit, die ich meine. Aus Freiberg i. S. wird uns telegraphirt!

Wie Vergakademiker wurden heute von der Akademie verwiesen wegen Verlehrs mit Sozialdemokraten.

Wenn diese Vergakademiker karstellbrüderliche Schlepper gewesen wären, hätte man sie nicht relegirt. —

Für den stieberten Mordspatriotismus unserer durchschnittlichen akademischen Jugend spricht die nachstehende, von der „Staatsbürger-Zeitung“ mitgetheilte Nachricht:

„Unter den Vergakademikern hatte es recht böses Blut erzeugt, daß einzelne, zum Theil semitische Studierende sich in den Wahlkampf gemischt und ausfällig mit den Sozialdemokraten fraternisirt und agitirt hatten. Da einer Vorstellung beim Rektor, diesen Elementen vorläufig den Besuch der Vorlesungen nicht mehr zu gestatten, keine Folge gegeben wurde, so beschloß am Dienstag Nachmittag eine Versammlung von Vergakademikern, so lange von den Vorlesungen fern zu bleiben, als es den an der sozialistischen Agitation beteiligten Akademikern gestattet sei, an den Verhandlungen theilzunehmen.“

Sogar die „Staatsbürger-Zeitung“ bemerkt dazu: „Mit dieser eigenthümlichen Forderung dürften die Akademiker kaum durchdringen.“ Das Antisemitenblatt hat die Empfänglichkeit deutscher Hochschulerwerbungen für solche Kundgebungen untersucht. Unsere Drahtmeldung zeigt, was ein christlich-antisemitisches Studententhum fertig bekommt. —

Die Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik

teilt am 29. bezw. 30. d. M. hier in Berlin überraschend schnell und unter Umständen zusammen, die recht bezeichnend für die Stellung sind, die man ihr zu geben für gut bezeichnend hat. Wir meinen damit nicht das Skandalosum, daß diese Logung gerade vor der Thronkrönung des neuen Reichstags, aber mit den vom alten Reichstag ernannten Mitgliedern stattfinden soll. Was man damit bezweckt, ist nicht recht klar, aber bei der einmal beliebten Zusammenkunft der Kommission, in der doch Regierungsbeamte die Mehrheit haben, auch ziemlich gleichgiltig. Es sind andere Dinge, die wir kurz vor dem Zusammentritt moniren möchten.

Die letzte von der Reichskommission zusammen mit der Reichsregierung und dem Kaiserlichen Statistischen Amt geleistete Arbeit ist die Erhebung über die Arbeitsverhältnisse im Handelsgewerbe, die wir in unserem heutigen Leitartikel besprechen. Diese Erhebung und ihre für die deutschen Lademhaber blamablen Ergebnisse berühren die Interessen der weitesten Kreise im Deutschen Reich. Die Vertretungen der kaufmännischen Prinzipale, die Handelskammern, müßten sehr nachdrücklich auf die amtliche Veröffentlichung hingewiesen werden, die Handlungsgesellschaften in ihren Vereinigungen müßten sie eifrig besprechen, die politische Presse müßte das Publikum auf die ungläubliche Ausdehnung des Ladempersonals hinweisen und es zur Mitwirkung bei dem Kampf gegen diese demoralisirenden Verhältnisse aufrufen, wie dies z. B. in England unternommen und beharrlich von der bekannten Carly Closing Society (Gesellschaft für frühen Geschäftsabluß) geschieht. Nichts von alledem hat stattgefunden, und der Schlüssel zu diesem mangelhaften Interesse für die wichtige Sache? Vielleicht findet er sich in einer Thatsache, die in den letzten Wochen ganz aus Zufall bekannt geworden ist. Ein Verband Kaufmännischer Vereine hatte beim Reichskanzler um Ueberlassung einer Anzahl Enqueteberichte für seine Bezirksvereine gebeten — und die Antwort war, wenn wir uns recht erinnern, daß der Reichskanzler nicht so viel Enquetebereichte übrig habe, er könne nur wenige abgeben! So steht es mit der Unterstützung der Arbeiterstatistik im Deutschen Reich. Die Gleichgiltigkeit der Bourgeoisie für Arbeiter- und Gehilfen-Verhältnisse ist ja ohnedies bekannt. Wenn nun aber einmal auf-

nahmsweise ein Fachverband kommt, und der in Rede stehende ist unseres Wissens ganz gemäßigter Richtung, und nicht der +++ Sozialdemokratie ergeben, wie einzelne Gehilfenvereinigungen in Berlin, Hamburg, Leipzig und Dresden, die von unseren Genossen organisiert sind — wenn also ein solcher Fachverband kommt und für seine Vereine ein halbes hundert Enquetebereichte wünscht, damit also sein Interesse für die Sache beweist, so juckt man die Achseln und bedauert, die paar lumpigen Drucksachen nicht übrig zu haben. Auf diese Weise haben vermuthlich weder Handelskammern, noch Gehilfenvereine bisher genauere Kenntniss von den Erhebungen erlangt. Die Oeffentlichkeit ist in der größten Unkenntnis von der Sache. Der „Vorwärts“ ist unseres Wissens mit einem sächsischen Blatt, dem der Kommerzienrath Siegle, ein Mitglied der Reichskommission, nahesteht, die einzige Tageszeitung gewesen, die ausführlicheres mittheilt. (Ein eingehender Aufsatz findet sich im „Sozialpolitischen Centralblatt“.) Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hat sich mit einem kurzen, elenden Auszug begnügt, der „Reichs-Anzeiger“ hat aus einem anderen Blatt ein Bruchstückchen der Ergebnisse bezüglich der Lehrlingsverhältnisse abgedruckt und dabei vergessen, das Wichtigste anzuführen — die lange Arbeitszeit der Lehrlinge. Im Buchhandel ist der Enquetebereicht überhaupt nicht zu haben, während in England solche Veröffentlichungen von Staatswegen gesittlich für einen Spottpreis verkauft werden. So wird die Arbeit der Reichskommission für Arbeiterstatistik und des Kaiserlichen Statistischen Amtes in sozialen Dingen von der Reichsregierung geschäft — sollten sich nicht endlich ein paar Mitglieder finden, die gegen dieses Verfahren protestieren und die breiteste, liberalste Oeffentlichkeit für die sozialstatistischen Veröffentlichungen verlangen und durchsetzen können?

Aber noch ein Zweites! Wohl deshalb, weil die Ergebnisse der letzten handelsgewerblichen Erhebungen auf jene Weise benade gestiftlich im Dunkel gehalten worden sind, hat man es auch gar nicht für nöthig gehalten, den Termin für den bevorstehenden Zusammentritt der Reichskommission für Arbeiterstatistik und für ihre Beratungen über weitere Feststellungen bezüglich der Misere im Handelsgewerbe amtlich bekannt zu geben. Er ist zufällig durch jenes schon genannte sächsischen Blatt, also durch das Mitglied Siegle, und durch das Mitglied Mollenhuth im „Hamburger Echo“ bekannt geworden, sonst wüßte überhaupt kein Mensch, daß die Herren Arbeiterstatistiker wieder etwas zum Besten der nothleidenden Handlungsgesellschaften thun wollen. Somit ist das Interesse für die Reichskommission und ihre Arbeiten auch nicht einmal durch diese äußerlichen Dinge amtlich zu erregen gesucht worden — über eine Zusammenkunft von preussischen Köstler-Kerzen, die amtlich in Berlin eine in agrarischen Ställen ausgebrochene Pferdekrankheit berathen wollen, wird sicher im „Reichs-Anzeiger“ und anderswo mehr Aufhebens gemacht. Die Folge davon ist, daß vermuthlich eine Kritik und Vorschläge zur Weiterführung der an und für sich so verdienstlichen handelsgewerblichen Untersuchung seitens der Interessenten, vor Allem der betroffenen Handlungsgesellschaften, kaum vorliegen können, und mit dem schriftlichen Verfahren, dem Ausschluß jedes kontraktatorischen Verbörs und jedes tieferen Eindringens in die elenden sozialen Verhältnisse der Lademgehilfen wahrscheinlich fortgeföhren wird zum Schaden der einmal begonnenen Sache und des beteiligten Ladempersonals. „Es wird fortgewürfelt“, sagt Graf Taaffe.

Nun — uns soll es recht sein. Niemand kann mehr davon profitieren, als wir. Trotzdem hoffen wir, daß es unser Delegirt in der Reichskommission für Arbeiterstatistik versucht, auf die Abstellung aller dieser offenbaren Mängel zu dringen. Wir sind gespannt darauf, welchen Erfolg er bei den Geheimräthen mit ihnen „Wenn“ und „Aber“ hat. Es heißt ja, daß die gute Absicht in der Kommission vorhanden ist, und Leute wie Stadtkämmerer Wörtschöffer sollten als Mitglieder eigentlich dafür bürgen. Zur guten Absicht gehört aber auch noch das Wollen und Können, und endlich eine gewisse Energie; an der letzteren scheint es aber besonders bei der Mehrheit der Kommission zu fehlen.

Briefkasten der Redaktion.

Zwei W. Bebel, Dieh und Mehger wurden 1890 in Hamburg gleich im ersten Wahlgange gewählt.

Kaiser. Ein Bericht über ihre Versammlung ist bereits in der Dienstagnummer gebracht worden.

P. J., Schleswig. Die eigentlichen Spitzbuben sind diejenigen deutschen Finanziers, welche die Anleihen der südamerikanischen Staaten, um ihren Schnitt zu machen, auf den deutschen Markt warfen.

E. M., Ludwigshafen. Geschäftsauskünfte erteilen wir nicht.

Stärkung 2. Wenn wir ein Mittel zur Wiedererlangung des Kopfhores wüßten, würden einzelne unserer Redakteure selbst Gebrauch davon machen. In welchem Geschäft die genannte Pomade zu haben ist, wissen wir nicht.

W. Mungelin. Ein geschliches Hinderniß, einen Klub, dessen Mitgliederzahl nur 3 beträgt, von denen 3 keinen „Vorstandsposten“ annehmen wollen, fortbestehen zu lassen, besteht nicht.

R. W. 7. Sie können von den Eltern, da der Junge noch nicht 7 Jahre alt ist, wegen mangelnder Aufsicht der Eltern Ersatz für die vom Jungen eingeworfene Scheibe verlangen.

Ein Ridorfer Genosse. Der vom „Ridorfer Tageblatt“ aus dem „kleinen Journal“ abgedruckte Briefwechsel zwischen Bismarck und Richter ist ein plumper, wohlloser Akt.

Fran W. W. Ein tüchtiger Sozialdemokrat muß auch ein sorgfältiger Ehemann und Familienvater sein. Daß wir der Frau die Möglichkeit schaffen wollen, auch für sich selbst sorgen zu können, geschieht in ihrem Interesse, damit sie auf eigenen Füßen stehen könne, und nicht bloß „um versorgt zu sein“, sondern aus wirklicher Liebe und Gleichgiltigkeit den Ehemann schließe. Der Mann soll nicht ganz allein in der Familie ausgehen und nur am Schürzenband der Frau hängen, ebenso wie die Frau nicht eine bloße Hausglucke sein soll. Faßt Ihr Mann dieses anders auf, dann seien Sie nicht auf den Mund gefallen, sondern sagen ihm nur, wie er auch prohen mag, daß er doch noch kein richtiger Sozialdemokrat sei.

Marktpreise in Berlin am 27. Juni, nach Ermittlungen des königlichen Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,00—16,20 M., mittlerer von 16,10—16,80 M., geringer von 15,70—15,40 M., Roggen per 100 Kg. guter von 15,00 bis 14,80 M., mittlerer von 14,70—14,60 M., geringerer von 14,50 bis 14,30 M., Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M., Hafer per 100 Kg. guter von 18,20—17,70 M., mittlerer von 17,60—17,20 M., geringer von 17,10 bis 16,70 M., Stroh, Nicht per 100 Kilogramm von 6,65—6,00 Mark. Getre per 100 Kilogramm von 7,50—5,50 M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—5,00 M. Hindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauchfleisch per 1 Kg. von 1,90—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80—1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,00—1,00 M. Kalle von 2,80 bis 1,20 M. Zander von 2,40—1,20 M. Hechte von 2,00—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Weie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 29. Juni.
Opernhaus. Martha.
Neues Theater. Sinfantema.
Deutsches Theater. Der Zalsman.
Berliner Theater. Die Waife von Komod.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Boccaccio.
Froll's Theater. Wohlthätigkeits-Vorstellung.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Die Königstochter als Bettlerin.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegervater.
Alexanderplatz-Theater. Der Sonnenaufgang.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Varietés. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Vollvorstellung.
Die Königstochter als Bettlerin
oder: Die Schule des Lebens.
Schauspiel in fünf Akten von Dr. Ernst Raupach. — Regie: Max Samst.
Raffensöffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf d. Sommerbühne.
Die Konfektionense.
Vollständ. m. Gesang u. Tanz in 4 Akten v. Gg. Friedrich. Regie: Fritz Schäfer.
Vor und nach der „Konfektionense“:
Auftreten von Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: Gastspiel der Königl. Hof-schauspielerin Fräulein Julla Behre.
Ein Wintermärchen.



Passage-Panopticum.
Neu:
Blaue Grotte.
Neu:
Geistertisch.
Das Wunderpferd.
Täglich 6—10:
Spezialitäten-Theater ohne Extra-Entree.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Schreden des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Kunstn. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Im pracht. Sommergarten
täglich
Gr. Garten-Concert
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Bei ungünstigem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.
Anfang: Sonntag 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Moabiter
Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., referirtes Plak 50 Pf.
4127L*
Helmuth Peters.

Gratweil'sche
Bierhallen.
Kommandantenstr. 77—79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sängers
vom Kruskal-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Auf. Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnhof Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, den 29. Juni:
Außerordentliche Vorstellung.
Wiederauftreten des Direktors Herrn Ernesto Ciniselli. „Troika“, dreifache hohe Schule, geritten vom Direktor.
4 Fachshongste, dressirt und vorgeführt vom Direktor. 4 Geschwister Chiarini genannt „Die Sübsterne“. Mit Käthe Les als Flora zu Pferde. Fr. Thereso Spampani. Gr. Kardis-Rennen, geritten von mehreren Damen und Herren der Gesellschaft mit ca. 20 der besten Springpferde. Auftreten der Clowns Gebr. Weldemann, Gebr. Kalper, Gebrüder Martinek, Caro, Tanti, Leonard, Polchini u. c.
In Vorbereitung: Die Erschaffung des Weibes oder: Das Weib durch die Jahrhunderte. Große Ausstattungs-Pantomime, mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten u. c. (Gesellig geschätzt.)
Achtungsvoll
Ernesto Ciniselli, Direktor.

Norddeutsche Brauerei.

58. Chaussee-Strasse 58.
Täglich:
Concert.
Wochentags Entree frei.
Bei ungünstiger Witterung im Saal.
Die neu eingerichtete Kaffeeküche ist den geehrten Gästen von 2 bis 6 Uhr geöffnet! 4146L*

Moritz-Platz. Etablissement Moritz-Platz.
Buggenhagen.
Täglich: Instrumental-Konzert.
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahnerhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u. c.

Schweizer-Garten
am Königsthor.
Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoll, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissonato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Veroron.
Im Saale: BALL. 4199L*

Ostbahn-Park
am Rüstiner Platz,
(Hermann Jnds)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: Konzert,
Theater u.
Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garotto, urkom. Tarameter-Droschkenfahrt, Mr. De Dolis, Neger-Excentric u. c.
Vollständig, jeder Art. 4 Regelbahnen zur Verfügung.

Restaurant „Lindenhof“
Stolpe
am kleinen Wannsee
hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regelbahn u. Kaffeelüche zur Verfügung.
Kremsier am Bahnh. Wannsee.
4198L*
A. Sattausch.

Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.
W. Griess, Restaurant,
Saal und schattiger Garten.
NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.
Genossen empfehle meinen Frühstücks-, Mittag- und Abendtisch. Vereinszimmer mit Piano. Für gute Getränke sorgt stets 8618L*
Fritz Fröhlich, Haunyn-
4198L*
Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinsz. J. Long, Alte Jakobstr. 69.

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) 1,50 Mk.
Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Haunynstr. 38, u. d. Oranienplatz.
Kinderwagen. Geübtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. S. v.

Danksagung.
Für die so überaus große Theilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner Frau sage ich hiermit allen Freunden und Genossen meinen herzlichsten Dank. Es hat mich tief berührt, eine so warme und herzliche Theilnahme zu finden.
6866
Alfred Malik, Schankwirth.

Aufforderung!

Alle diejenigen, welche noch im Besitz von „Sammellisten“ für den Kreis Niederbarnim sind, werden dringend ersucht, spätestens bis zum Sonntag, den 2. Juli, dieselben abzugeben.
Sämige werden öffentlich bekannt gemacht. 888/10
Hernachin werden sämmtl. Vertrauenspersonen des Kreises Niederbarnim ersucht, spätestens bis Dienstag, den 4. Juli, Rechnung zu legen.
Das Kreis-Wahlkomitee:
J. A.: Anton Kopp, Friedrichsberg, Vordagenerstr. 20.

Kranken- und Begräbniskasse
der
Buchbinder und verw. Berufsg.
zu Berlin. (S. 6. Nr. 24.)
Sonnabend, den 8. Juli, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:
Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Kassenbericht pro 2. Quartal 1898.
2. Bericht des Vorstandes. 3. Antrag des Vorstandes. 4. Verschiedenes.
Alle Mitglieder werden ersucht in dieser Versammlung zu erscheinen. — Die Versammlung beginnt präzis 9 Uhr Abends. 119/17
Friedr. Froudenreich, Vorsitzender, Reichenbergerstr. 8.
Bruno Gröblich, Kassirer, Hollmannstr. 39.

Naether & Krausse
Anflamerstr. 44
ander Brunnen-Strasse.
Billigste Bezugsquelle für
Uhren.

Reparaturen gut und billig.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte 4181L*
„Helm-Putzpomade“
ist nur unser Erzeugniss. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma weisse man als werthlose Nachahmungen zurück.

Steppdecken
und
Schlafdecken
(mit kleinen Farbenflecken)
Spottbillig in der Deckenfabrik von
J. Brünn,
Hackescher Markt Nr. 4.
(Stadtbahnhof Börse.)

Restaurant mit voller Konzess. an hies. Gassen mit lebhaft. Verkehr wegen Krankheit d. bissh. Inh. Sof. u. verm. Ausl. ertheilt Werther, Schiffbauerdamm 87, part. 6180*

Achtung! 5. Wahlkreis.

Alle diejenigen Genossen, welche noch im Besitz von Sammelkarten für die Reichstags-Wahl sind, werden ersucht, dieselben bis spätestens Sonntag, den 2. Juli, bei der Vertrauensperson Fr. Krüger, Hirtenstr. 10, abzurechnen.
Das Wahlkomitee.

Verein der ost- u. westpreuss. Sozialdemokraten.
Versammlung
am Sonnabend, den 1. Juli, Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Neblin, Langestr. 108.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Klossop über: Das geheime Wahlrecht in den östlichen Provinzen. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. 254/14
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.
Der Vorstand.

Achtung. Kürschner.

Große öffentl. Versammlung aller in der Kürschnerbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Freitag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr,
im „Schützenhause“, Vinienstraße Nr. 5—6.
Tagesordnung:
1. Situationsbericht über die Bewegung. 2. Welche Stellung nehmen wir den Kollegen gegenüber ein, die sich unserer Bewegung nicht anschließen? 3. Verschiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint vollständig in der Versammlung.
Die Lohnkommission.

General-Versammlung

der Freien Vereinigung der Lohgerber und Lederjurichter
sowie Berufsgenossen Berlins
am Sonntag, den 2. Juli, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1898.
2. Vorstandswahl.
3. Wie stellen wir uns zum Anchluss an den Verband der Lederarbeiter. 6886
4. Verschiedenes.
Das Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
Der Einberufer.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhalde,
Bergmannstrassen-
Ecke. 52/8
Heute, Donnerstag, den 29. Juni 1898:
Großes Extra-Garten-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. A. Proellch.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract“ u. c. angeboten werden. 8972L*

Altenberg'schem. Färberei, Wäscherei, Garderob.-Reinig.-
Anstalt, Neue Jakobstr. 17, Braunostr. 162 (r. 123), Andreasstr. 54, Fruchtstr. 36,
Potsdamerstr. 57/58, empf. f. z. Färb. u. Reinig. v. Garderob. jed. Art, Spitzen,
Gard., Wäsche, gef. 1 Mk. p. Pfd., Bettbed. gef. 1,25 Mk. p. Stck. Herren-
Anzug gereinigt, gebügelt von 2,50 Mk. an. Reparaturen billigst. Neu!
Glantzernung von blankgetragenen Kammgarn-Garderoben. 8716L*
Zur pünktlichen Lieferung des Vorwärts empfehle ich meine 6448
Zeitungs-Spedition.
Max Kirsch, Bitterstr. 107,
Ecke Pringestr. 28.
Welle Ihren liefern soliden Leuten gegen Theilzahlung. Abz. unter Vertrauen an die Exp. d. „Vorwärts“.
Grünramengeschäft mit Rolle zu verk. Rheinsbergerstr. 40, Keller. 6886*

Berlag des Vorwärts Berliner Volksblatt, Berlin SW., Benthstr. 2.
Das zur diesjährigen Maifester in Aussicht gestellte
Kunstblatt
welches bereits in der Maifest-Zeitung als Mittelbild gebracht wurde, ist nunmehr in bedeutend vergrößertem Maßstabe — Plattengröße 68x47 cm; Kartongröße 95x73 cm — in seiner Kupferätzung ausgeführt in unserem Verlage erschienen. Das Bild heißt 414
Der erste Mai
und ist dazu angehan, jeden Versammlungsraum, jedes Vereinszimmer der Arbeiter zu verschönen, vor allem wird es für jedes Proletarierheim ein würdiger
Zimmerschmuck
sein. Um dies wahrhafte Kunstblatt auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, ist der Preis auf nur
Drei Mark
festgesetzt. Gegen Einsend. d. Betrages werden Bestellungen von außerhalb porto- u. emballagefrei effectuirt.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Gekrönte Häupter.
Zur Naturgeschichte des Absolutismus. { Zu beziehen durch alle Expediteure, Kolporteurs und Parteibuchhandlungen, sowie v. Verlag: H. Baako, City-Passage
Katharina II. von Russland. 80 Seiten. — Preis 20 Pf.

Ergebnisse der Stichwahlen.

Die Nachricht, daß in Dresden-Land Horn S. gestieg habe, bestätigt sich nicht. Das amtliche Resultat ergab die Wahl des Antifemiten. Dadurch stellt sich die Zahl unserer Abgeordneten definitiv auf 44. Wir lassen nun noch die amtlichen Ergebnisse der seit dem 24. Juni vollzogenen Stichwahlen nach den Angaben des „Völkischen Kuriers“ folgen, soweit sozialdemokratische Kandidaten in Frage kommen.

Königsberg-Stadt. 3. Königsberg. Abgegeben 23 586 St. Davon Carl Schulze S. 13 186, Krause R. 10 450. Ersterer gewählt.

Danzig-Stadt. 3. Danzig. Abgegeben 15 480 St. Davon Richter Bg 10 858, Jochem S. 5131. Ersterer gewählt.

Potsdam - Cölabelland. 7. Potsdam. Abgegebene Stimmen 27 463. Schall R. 14 893, Wernau S. 12 571. Ersterer gewählt.

Ober-Varnim. 5. Potsdam. Abgegeben 15 003 St. Davon Pauli R 6005, Bruns S. 6488 St. Ersterer gewählt.

Soran. 8. Frankfurt a. D. Abgegeben 19 536 St. Davon von Pöhl R 10 311, Luz S. 9235 St. Ersterer gewählt.

Kottbus - Spremberg. 9. Frankfurt a. D. Abgegeben 18 964 St. Davon von Werder R 10 406, Schulz S. 8558 St. Ersterer gewählt.

Randow-Greifenhagen. 8. Stettin. Abgegeben 26 868 St. Davon von der Olen R 15 899, Rörsten S. 10 969 St. Ersterer gewählt.

Stadt Stettin. 4. Stettin. Abgegeben 21 242 St. Davon Herbst S. 10 772, Brömel Bg 10 470 St. Ersterer gewählt.

Reichenbach-Neurode. 11. Breslau. Abgegebene Stimmen 18 600. Davon Kühn S. 10 106, Conrad B. 8494 St. Ersterer gewählt.

Magdeburg. 4. Magdeburg. Abgegeben 86 373 Stimmen. Davon Klees S. 19 074, Paasche R. 17 299 Stimmen. Klees gewählt.

Mischerleben. 8. Magdeburg. Abgegeben 28 449 Stimmen. Davon Rimpau R. 18 154, Dahlen S. 10 295 St. Ersterer gewählt.

Halle-Saalkreis. 4. Merseburg. Abgegeben 82 008 St. Davon Dr. A. Meyer Bg 17 881, Kunert S. 14 127 Stimmen. Ersterer gewählt.

Erfurt. 4. Erfurt. Jacobsblöcker R. A. 15 225, Hülle S. 11 443, ungültig 192. Mithin ist Jacobsblöcker gewählt.

Naumburg. 8. Merseburg. Abgegeben 28 648. Günther R. 15 326, Hoffmann S. 13 120. Ersterer gewählt.

Schleswig. 3. Schleswig-Holstein. Abgegeben 18 991 Stimmen. Davon Lorenzen Bg 12 349, Elm S. 4642. Ersterer gewählt.

Binneberg-Segeberg. 6. Schleswig-Holstein. Abgegeben 29 008 St. Graf v. Nolte R. 15 277, Mollenhuth S. 13 731. Ersterer gewählt.

Kassel-Meißungen. 2. Kassel. Abgegebene Stimmen 23 035. Davon erhielt Häpden R. 11 922, Pfannkuch S. 11 113. Mithin ist Häpden gewählt.

Biesbaden-Stadt. 2. Biesbaden. Abgegeben 21 436. Davon Köpp Bg. 11 870, Fleischmann S. 9566. Ersterer gewählt.

Bomburg v. d. D. Hochheim. 4. Biesbaden. Abgegebene Stimmen 21 048. Davon erhielt Brähne S. 10 626, Westnacher R. 10 420. Gewählt ist Brähne.

Sameln-Simmern. 9. Hannover. Abgegeben 20 565. Davon Hische R. 11 599, Brey S. 8966. Ersterer gewählt.

Nothenburg-Harburg. 17. Hannover. Abgegeben 25 157. Davon Müller R. 14 209, Värer S. 10 948. Ersterer gewählt.

Köln-Stadt. 1. Köln. Abgegeben 33 470. Davon Greiß J. 22 632, Pöck S. 10 838. Ersterer gewählt.

Leunep-Wettmann. 1. Düsseldorf. Abgegeben 28 406 St. Davon erhielt Meiß S. 15 000, Schmidt-Eberfeld Bg. 13 406. Meiß gewählt.

Düsseldorf-Stadt und Land. 4. Düsseldorf. Abgegebene Stimmen 28 140. Davon Wenders J. 17 017, Grimpe S. 9123. Ersterer gewählt.

Dresden rechts der Elbe. 4. Sachsen. Abgegebene Stimmen 34 740. Klein R. 19 550 St., Raden S. 15 190. Ersterer gewählt.

Pirna. 8. Sachsen. Abgegeben 22 157 St. Davon Lohse R. 12 429, Fräßdorf S. 9728. Ersterer gewählt.

Freiberg. 9. Sachsen. Abgegebene Stimmen 20 849. Davon Merbach R. 11 952, Schulze S. 8917. Ersterer gewählt.

Plauen. 23. Sachsen. Abgegebene Stimmen 24 818. Davon v. Polenz R. 12 766, Gerisch S. 12 052. Ersterer gewählt.

Stuttgart. 1. Württemberg. Abgegebene Stimmen 31 910. Davon Siegle R. 16 078, Klop S. 15 837. Ersterer gewählt.

Mannheim. 11. Baden. Abgegebene Stimmen 29 527. Davon Wassermann R. 15 465, Dreesbach S. 13 062. Ersterer gewählt.

Darmstadt. 4. Hessen. Abgegeben 20 378 St. Davon Dr. Osann R. 12 855, Kramer S. 7521. Ersterer gewählt.

Offenbach. 5. Hessen. Abgegeben 24 604 St. Davon Ulrich S. 12 802, Haas R. 11 802. Ersterer gewählt.

Mainz. 9. Hessen. Abgegeben 18 893 St. Davon Josef S. 10 684, Braun R. 8199. Ersterer gewählt.

Hiltrup-Ribbrig. 6. Mecklenburg-Schwerin. Abgegeben 14 000 St. Davon Graf v. Schlieffen R. 8824, Randt S. 5176. Ersterer gewählt.

Schwarzburg-Rudolstadt. Abgegeben 14 458 Stimmen. Davon Lüttich Bg. 7872, Hofmann S. 7086. Ersterer gewählt.

Schwarzburg-Sondershausen. Abgegeben 12 000 Stimmen. Davon Dr. Pfeffel R. 7904, Bodt S. 4696. Ersterer gewählt.

Strasburg (Stadt). 8. Elsaß-Lothringen. Abgegebene Stimmen 13 886. Davon Bebel S. 8133, Petri R. 7693. Ersterer gewählt.

Worms. 3. Rheinhessen. Abgegebene Stimmen 13 886. Davon Bebel S. 8133, Petri R. 7693. Ersterer gewählt.

Worms. 3. Rheinhessen. Abgegebene Stimmen 13 886. Davon Bebel S. 8133, Petri R. 7693. Ersterer gewählt.

Worms. 3. Rheinhessen. Abgegebene Stimmen 13 886. Davon Bebel S. 8133, Petri R. 7693. Ersterer gewählt.

Worms. 3. Rheinhessen. Abgegebene Stimmen 13 886. Davon Bebel S. 8133, Petri R. 7693. Ersterer gewählt.

Worms. 3. Rheinhessen. Abgegebene Stimmen 13 886. Davon Bebel S. 8133, Petri R. 7693. Ersterer gewählt.

Duisburg. 6. Düsseldorf. Abgegeben 42 964 St. Davon Dr. Hammacher R. 23 379 St., Euler J. 19 585 St. Ersterer gewählt.

Altena-Isersloh. 8. Arnberg. Abgegeben 25 977 St. Davon Benzmann Bg. 15 258 St., Hopplädter R. 10 739 St. Ersterer gewählt.

Vochum-Gelsenkirchen. 5. Arnberg. Abgegeben 67 011 Stimmen. Davon Fuchs J. 34 444, Haarmann R. 32 567. Ersterer gewählt.

Dortmund. 6. Arnberg. Abgegeben 43 114 Stimmen. Davon Müller R. 21 589, Tölke S. 21 525. Ersterer gewählt.

Schmalkalden. 4. Kassel. Abgegeben 11 711 Stimmen. Davon Leub R. 6879, v. Christen R. 4832. Ersterer gewählt.

Rinteln-Posseidamar. 1. Kassel. Abgegeben 14 262 Stimmen. Davon Werner R. 8035, Mertens R. 6227. Ersterer gewählt.

Erbach-Bensheim. 6. Hessen. Abgegeben 15 531 Stimmen. Davon Hirschel R. 8121, Scipio R. 7410. Ersterer gewählt.

Gießen. 1. Hessen. Abgegeben 15 150 Stimmen. Davon Köhler R. 8163, Weinert R. 6987. Ersterer gewählt.

Friedberg-Wüdingen. 2. Hessen. Abgegeben 12 952 St. Davon Graf Oriola R. 7880, Bähr R. 5072. Ersterer gewählt.

Mülfeld. 3. Hessen. Abgegeben 12 166 Stimmen. Davon Zimmermann R. 6352, Bachhaus R. 5818. Ersterer gewählt.

Parteinachrichten.

Wahlproteste werden erhoben von den Parteigenossen in Leipzig-Stadt, wo 2000 Wähler aus den Listen gestrichen worden sein sollen. Ferner in Dortmund und Dresden-Land.

Zum Siege in Stettin schreibt der pommerische „Völkbote“: Die vereinigte Reaktion ist unterlegen, und die Herren können nicht einmal sagen, daß sie mit Ehren unterlegen sind. Wir haben schon verschiedene Wahlen mitgemacht, aber bei keiner Wahl ist so mit dem Gelde gearbeitet, ist so von Seiten der Kapitalisten gelogen worden, wie diesmal. Jetzt wußten die Kapitalisten, daß das Mandat nur durch äußerste Kraftanstrengung für sie zu erhalten war — wofür, auch die Macht des Kapitalismus hat eine Grenze, die Partei der ehrlichen Leute hat gestiegen!

Aus Halle a. S. wird uns geschrieben: Es hatte sich in meinem vorigen Bericht insofern ein Fehler eingeschlichen, als ich anlässlich der Wahl 1890 nach der hiesigen „Saale-Zeitung“ berichtet hatte.

Das amtliche Resultat betrug in der Hauptwahl 1890:

Kunert (S.) 12 808 (rein sozialistische Stimmen)
Nationallib. 9 477
Freisinn 7 625

Sa. 29 910 Stimmen.
Das amtliche Resultat in der Stichwahl 1890 war:

Kunert (S.) 15 109 (nicht reinsozialistische St.; infl. Freisinnige.)
Nationallib. 13 440

Sa. 28 549
Stichwahl 1893: Amtliches Resultat:

Kunert . . . 14 127 (reinsozialistische Stimmen)
Meyer . . . 17 881 (Freisinnig-Antifem.-Nationallib.-Konfessionar-Ordnungsbreitere Stimmen.)

Sa. 32 008 gültige Stimmen.
146 ungültige
82 154 im Ganzen abgegebene Stimmen.

Sonach ist, trotz aller Gemeinheiten unserer Gegner, der Zuwachs der reinsozialdemokratischen Stimmen:

1893: 14 127
1890: 12 808
1893: 12 808

1319 Stimmen.

Die Strasburger Parteigenossen. Zu der gestrigen Notiz des „Vorwärts“, betreffend die „Strasburger Genossen“, haben wir zu bemerken, daß nach Ansicht des „Vorwärts“ bei Doppelmandaten dasjenige anzunehmen ist, das in dem zur Zeit weniger sicheren Wahlkreis erobert ist. Im vorliegenden Falle ist die Entscheidung den Hamburger Genossen anheimgestellt.

Erklären diese ihren Wahlkreis für sicher und sind sie bereit einer Neuwahl sich zu unterziehen, so wird Bebel selbstverständlich für Strasburg annehmen. Die Strasburger Genossen zu verlegen lag nicht in unserer Absicht.

Aus Kreuznach meldet die rheinische Presse unserer Partei eine höchst wahrscheinliche von den Nationalliberalen und den übrigen „Ordnungs“-Stützen angestiftete schmutzige Mißhandlung von Sozialdemokraten. Unter der Aufsicht von Aussehern erschienen in der Wählerversammlung am 13. Juni, wo unser Genosse Emmel aus Saarbrücken sprach, eine Anzahl Glasbrennarbeiter (jedoch keine Glasmacher), ferner Knechte, Tagelöhner, Portiers etc., zusammen 30—40 Mann, die mit Knäpeln bewaffnet waren. Diese Bande bedrohte den Referenten mit Todtschlägen und störte die Versammlung durch Singen etc., wobei ein Aufseher kommandierte. Die überwachenden Polizeibeamten lehnten es ab, gegen die Unholde einzuschreiten. Die Versammlung mußte insofern bejammert geschlossen werden. Die Polizeibeamten, anstatt dazubleiben, bis der Saal sich geleert hätte, entfernten sich. Nun griff die Rotte zu ihren Knäpeln und schlug auf unsere Genossen los. Dabei wurden Stühle, Tische, Bänke zertrümmert, man warf mit Gläsern nach den Friedenden und von außen wurden Steine in das Lokal geschleudert. 20 Personen sind auf diese Weise mehr oder weniger mißhandelt worden. Die gegnerische Presse hat über die Schändlichkeiten natürlich kein Wort des Tadels. Die Polizei ließ sich nicht sehen. Hoffentlich können die Schuldigen der Staatsanwaltschaft so bestimmt bezeichnet werden, daß diese gegen sie das Strafverfahren einleiten muß. Vielleicht ist es hier auch einmal möglich, die Anstifter herauszubekommen.

Sozialdemokratische Presse. Der Presbureau des „Wälder Arbeiterfreundes“ beschloß, dieses Blatt vom 1. Oktober ab täglich unter dem Titel „Vorwärts“ erscheinen zu lassen. Das ist in der Schweiz das erste sozialdemokratische Tagesblatt.

Aus Bukarest (Rumänien) ging dem Genossen Wehder in Sonneberg folgender Glückwunsch zum Wahlsiege zu: Ein Bravo! den Genossen im Wahlkreis Meiningen II und Glück auf zu dem ersehnten Sieg! Doch die internationale Sozialdemokratie! Nieder mit dem Militarismus! Die Genossen in Bukarest nehmen den innigsten Antheil an den großen Erfolgen der deutschen Sozialdemokratie. Heute Sonntag, den 16. Juni, eine kleine Völkerverwanderung nach den Vokalen, wo der „Vorwärts“ ausliegt, und allgemeiner Jubel. Man hört die Marxseife in deutscher, französischer und rumänischer Sprache

singen. Die Freude ist eine allgemeine. Mit sozialdemokratischem Gruß! Paul Beuther und Frau.

Genosse Beuther war vor zwei Jahren eifriges Mitglied des sozialdemokratischen Arbeitervereins in Koburg und Vorsitzender der Preskommission des „Thüringer Volksfreunds“.

Aus Paris wird uns unterm 25. Juni geschrieben: Von jeder hat sich der deutsche sozialdemokratische Bessellub in Paris als eine Art Bindeglied zwischen den deutschen und den französischen Sozialisten betrachtet und dementsprechend gehandelt. Er ist bestrebt, die französischen Parteigenossen über den Stand der Arbeiterbewegung in Deutschland zu unterrichten und sucht auch den in Deutschland lebenden Genossen das Verständnis der sozialistischen Parteiverhältnisse Frankreichs zu erleichtern. In Frankreich besteht bekanntlich keine einzige sozialdemokratische Partei; geschichtliche Ueberlieferungen, Unterschiede in der Doktrin, die allerdings sehr geringfügiger Natur sind, verschiedene Ansichten über die Taktik, wohl auch der Einfluß im Vordergrund der Bewegung stehender Persönlichkeiten lassen die französischen Sozialisten in verschiedene Fraktionen zerfallen, denen es leider nur selten gelingt, sich zu gemeinsamen Handeln zu vereinigen. Jedoch ist selbthalten und immer wieder zu betonen, daß die französischen Sozialisten, mögen sie sich nun „Blanquisten“, „Marxisten“, „Possibilisten“ oder „Anabhängige“ nennen, in der Hauptache einig sind, daß sie alle dasselbe Ziel verfolgen, die Abschaffung des kapitalistischen Systems und die Befreiung des Proletariats durch Eroberung der politischen Macht und durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und daß sie sich in diesem Streben mit den organisierten Arbeitern aller Länder eins wissen und demgemäß handeln. Um den Genossen in Deutschland dies internationale Solidaritätsgefühl aller französischen Sozialdemokraten ohne Unterschied recht deutlich nicht nur mit Worten, sondern durch eine That vor Augen zu bringen, hat der deutsche sozialdemokratische Bessellub von Paris während der Periode der Reichstagswahlen die Vertreter sämtlicher sozialistischer Fraktionen Frankreichs zu seinen Versammlungen eingeladen. Mit Freuden haben alle dem Rufe Folge geleistet. Am ersten Abend erschien Allemane; er überbrachte dem Klub die Solidaritätsbekundungen seiner Parteigenossen, die der deutschen Sozialdemokratie den besten Erfolg in ihrem schweren Kampfe gegen Militarismus, Absolutismus und Kapitalismus wünschten; er wies auf die große Verantwortlichkeit hin, welche jetzt auf der deutschen Partei ruhte, und versicherte, er setze das Vertrauen auf die deutschen Sozialdemokraten, daß sie sich ihrer Aufgabe gewachsen zeigen würden; andererseits möchten sich auch die Genossen in Deutschland darauf verlassen, daß die französischen Kameraden in ihrem Lande vollaus ihre Schuldigkeit thäten; es sei bedauerlich, daß zwischen der deutschen Partei und einzelnen französischen Fraktionen eine gewisse Entfremdung eingetreten sei; mit lebhafter Freude sah er diese jetzt schwinden, und voll aufrichtiger Genugthuung schloß er in die von den deutschen Sozialisten dargereichte Bruderhand ein. Eine Woche später begrüßte der Klub in seinem Lokale den Genossen Bailant und mehrere seiner Freunde vom revolutionären Centralcomitee. Ueber diese Versammlung hat bereits ein ausführlicher Bericht im „Vorwärts“ gestanden; wir können daher nicht im einzelnen auf die Anwesenheit Bailants und seiner Begleiter zurück. Auf die „Blanquisten“ folgten die Vertreter des rechten Flügels der „Possibilisten“: Broussé mit zwei Freunden, denen sich Smith von der englischen „Sozialdemokratische Föderation“ angeschlossen hatte. Caumeau und Prudent-Dervilliers waren durch eine Versammlung am Erschienen verhindert und ließen sich entschuldigen. An diesem Abend waren gerade die ersten Nachrichten über die Wahlsiege der deutschen Sozialdemokratie eingetroffen. An diese anknüpfend übermittelte Smith zunächst dem Klub die Grüße und Sympathiebekundungen seiner englischen Freunde, und führte dann in längerer Rede aus, wie man im Auslande Vertrauen in die deutsche Partei setze, so möchte auch die deutsche Sozialdemokratie den ausländischen Genossen das Vertrauen schenken, daß sie die für ihre betreffende Heimath angebrachte Taktik zu wählen und anzuwenden verständen. Darauf erhob sich Broussé und sagte, kurz zusammengefaßt, folgendes: „Mit lebhafter Freude erfüllt es mich, heute in Ihrer Mitte weilen zu können und Ihnen meine und meiner Freunde Genugthuung über die Wahlerfolge und das Wachstum der deutschen Sozialdemokratie auszudrücken. Seit langen Jahren kämpfe ich in den Reihen des internationalen Proletariats, daß sich der Internationale der Bourgeoisie und der Polizei entgegenstellt. Aber ich bin nicht nur Anhänger des Internationalismus, d. h. der Verständigung unter Nationen; ich will die Beseitigung der Grenzen. Niemand wünscht so sehr wie ich eine brüderliche Verständigung mit den Sozialisten Deutschlands sowohl wie mit denen aller anderen Länder; und so erstrebe ich auch die Einigkeit der französischen Sozialisten; damit befürworte ich jedoch nicht, daß sich sämtliche sozialistische Fraktionen zu einer einheitlichen Partei verschmelzen sollten; dies halte ich für nicht möglich und auch nicht für naturgemäß. Propaganda und Taktik müssen sich den Verhältnissen anpassen; zu den Arbeitern von einem industriell so entwickelten Orte wie z. B. Roubaix, wo die kapitalistische Konzentration vor aller Augen liegt und die Vergesellschaftung der Produktionswerkzeuge als Rettungsmittel sich sofortigen mit Händen greifen läßt, kann und muß man ganz anders sprechen als etwa zu den Arbeitern von Paris, wo noch Kleinhandel und Kleingewerbe blühen. Neben diesen Einflüssen des sozialen Milieus ist noch die Verschiedenheit des Volkscharakters, der geistigen Bildung, des Temperaments u. s. w. zu berücksichtigen. So bin ich kein Anhänger einer eisernen Disziplin, wünsche aber ein gemeinsames Vorgehen aller Sozialisten bei wichtigen Fragen. Die Debatte unter Sozialisten, die notwendig ist, und nur zur Klärung der Anschauung beitragen kann, soll höflich, freundschaftlich, ja brüderlich sein. Vor allem kommt es jetzt darauf an, einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland zu verhindern. Würden wir besiegt, so trübe die Niederlage wieder am schwersten die gefährdete Pariser Kommune, den Hort der Revolution; ein Sieg würde uns einem neuen Jökrisimus in die Arme führen und die sozialistische Bewegung um 20 Jahre zurückwerfen. Für Deutschland wären die Folgen nicht minder verhängnisvoll. So richten sich jetzt unsere Blicke und Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie, und wir erwarten mit Gewißheit, daß diese den Militarismus gänzlich vernichten wird. Zu ihren ersten Siegen beglückwünschen wir unsere deutschen Brüder von ganzem Herzen.“ In gleichem Sinne sprachen sich unter lebhaftem Beifall die Begleiter des Genossen Broussé aus. — Zum folgenden Abend hatte man als Vertreter der „Marxisten“ Guesde eingeladen; derselbe befand sich jedoch aus einer Agitationsreise und entschuldigte damit sein Nichterscheinen. Statt seiner kam im Namen der „marxistischen“ Fraktion Quésnel und überbrachte dem deutschen Klub die Einladung zu einem Feste, daß die „marxistischen“ Gruppen von Paris veranstalten wollten, um den Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie zu feiern. Man nahm mit Vergnügen die Einladung an, äußerte jedoch den Wunsch, auf dem Feste auch die übrigen Fraktionen der französischen Sozialdemokratie, welche an den Abenden vorher ihre

Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien.

Forchheim. 8. Oberfranken. (Berichtigung.) Behold J mit 500 St. Mehrheit, nicht Warber Bg gewählt.

Kronach. 4. Oberfranken. Söder J gegen Zimmer (Wauernbund) gewählt.

Ridingen. 2. Unterfranken und Aschaffenburg. Ed J gegen Röber R gewählt.

Vöhr. 3. Unterfranken und Aschaffenburg. Kessler J gegen Weidenberger Bg gewählt.

Wellheim. 6. Oberbayern. Weber J mit 400 St. Mehrheit gegen Weinhart (Wauernbund) gewählt.

Amtliche Resultate.

Neustettin. 5. Pommern. Abgegeben 10 273 St. Abwardt R. 7826 St., von Herzberg R. 8046 St. Ersterer gewählt.

internationale Solidarität in so erhebender Weise bekundet hatten, vertreten zu sehen; Quefnel verspricht, dafür zu sorgen, daß dies geschähe. — Von Seiten der „unabhängigen“ Sozialisten, d. h. der Freunde Malons, hatte Rouanet versprochen, an einem Abend im deutschen Klub zu erscheinen, wurde jedoch noch im letzten Augenblick durch eine wichtige Wahlversammlung verhindert, sein Wort zu halten; er überhandte schriftlich seine Solidaritätsbekundungen.

Der deutsche sozialdemokratische Leseklub von Paris hält es für seine Pflicht — und es ist dies eine angenehme Pflicht — die Genossen in ganz Deutschland durch das Zentrallorgan der Partei von den geschilderten glänzenden internationalen Kundgebungen in Kenntnis zu setzen.

Totenliste der Partei. In Erfurt wurde am Wahltag der Parteigenosse Gustav Wurche beerdigt. Noch am Tage der Stichwahl war er mit Vertheilung von Stimmzetteln thätig.

Lokales.

Das Resultat der Reichstags-Stichwahlen in Berlin wurde heute amtlich wie folgt festgestellt:

Wahlkreis 1. Abgegeben 12 318 Stimmen. Davon erhielt Dr. Langerhans, 78, 7065, Läterow, 8, 8248. Langerhans gewählt.

Wahlkreis 2. Abgegeben 49 206 Stimmen. Davon erhielt Fischer, 8, 29359, Professor Birchow, 78, 19 847. Fischer gewählt.

Wahlkreis 3. Abgegeben 28 768 Stimmen. Davon erhielt Vogtherr, 8, 14 068, Mundel, 78, 9700. Vogtherr gewählt.

Wahlkreis 5. Abgegeben 29 517 Stimmen. Davon erhielt Schmidt, 8, 11 245, Baumbach, 78, 9272. Schmidt gewählt.

Die Berliner Genossen, welche bei der Stichwahl im Kreise Ost-Havelland thätig waren, werden erlucht, alle Unregelmäßigkeiten, welche vorgekommen sind, sofort dem Genossen J. Bernau, Rosenstr. 90, zu melden, um Protest gegen die Gültigkeit der Wahl einlegen zu können.

Der Vertrauensmann.
R. Bräuer, Westen i. Markt.

Der Wahre Jakob Nr. 181 ist augenblicklich vergriffen und erscheint erst wieder am Sonnabend.

„Herrlicher Held, stürmerprobt“, als solcher wird der besiegte Stäcker in seinem „Volk“ angefangen von einem Dichter, dem „vor Jugurtha das Herz stöhnt“. Das Blatt giebt der Hoffnung der „Dresdener Nachrichten“ Raum, daß einer seiner konfessionellen Parteigenossen ihm sein Mandat abtreten wird. O kindlicher Glaube!

Die bisherige Thätigkeit des Gewerbegerichts und des Ausschusses, so wird uns mitgeteilt, machen eine Wesperechung sämtlicher Beisitzer notwendig; es findet daher eine Versammlung am Freitag, den 30. Juni, Abends 8 Uhr, in der Berliner Resourde, Kommandantenstr. 57 statt, mit der Tagesordnung: 1. Berichterstattung des Ausschusses, 2. Wesperechung über die Abgabe von Gutachten über Ausnahmeverordnungen zur Sonntagsruhe, 3. Wesperechung des Fragebogens.

Der „Christliche Verein Junger Männer zu Berlin“ hat zu seinem Vereinshaus in der Wilhelmstraße in diesem Jahre eine Zweiganstalt am Alexanderplatz begründet. Veranlassung zu diesem Schritte war derselbe Umstand, welcher die noch immer fortwährende maßlose Vermehrung der Zahl der Kirchen Berlins bewirkt hat: nicht der Mangel an Raum, sondern der Mangel an Besuchern. Vor Jahren haben die um Elbster Erlangt, gerade weil die Berliner Kirchen leer blieben, mühten mehr Kirchen gebaut werden, damit die Gelegenheit zum Kirchensuche vermehrt werde. Da die Auslagen resp. Austrittsleistungen von Vereinsmitgliedern wegen der weiten Entfernungen immer zahlreicher würden, sagt ganz ähnlich das „Jahrbuch“ des „Christlichen Vereins Junger Männer“ für 1893, so verfiel der Vorstand auf den Gedanken der Gründung von Zweigvereinen in anderen Stadtteilen. Dieses Mittel ist nicht übel. Jeder fundige Geschäftsmann weiß, daß er, wenn er recht viel Filialen errichtet, das Publikum auf sich aufmerksam macht und zum Besuche einludt. Die Sache kostet zwar — wie jede Neuerung, wenn sie wirksam sein soll — zum Anfang viel Geld, aber sie rentiert sich nachher um so besser. Auf das Geld braucht der „Christl. Verein junger Männer“, wie überhaupt das Mädelthum, nicht zu sehen; es fließt diesen Leuten zu aus tausendlei verborgenen oder offenen Quellen, und selbst für die kostspieligsten Unternehmungen wird das Geld schließlich immer noch wieder zusammengebracht. — Ueber die Entstehungsgeschichte des Zweigvereins „Alexanderplatz“ hat der Vereinsvorsitzende von Nothkirch bei der Einweihung der Filialräume eine Rede gehalten, die jetzt im „Jahrbuch“ gedruckt vorliegt. Diese Geschichte ist so merkwürdig, daß sie wirklich in weiteren Kreisen verbreitet zu werden verdient. Herr von Nothkirch meint, notwendige Voraussetzung für die Erlolge der Filialgründung sei, daß dieser Ort von Gott selbst bestimmt sei, und fährt daher mit dem Wunsche fort: „Möchte die Entstehungsgeschichte dieser Stätte dieselbe als eine von Gott bestimmte erweisen!“ Er erzählt dann, wie der Vorstand mehrere Stadttheile ins Auge gefaßt hatte. Aber „ein erster Versuch, in der Nähe des Oranienburger Thores uns anzusiedeln“, sagt Herr von Nothkirch, „wurde uns vom Herrn verweigert. Wir schauten nun weiter aus und warteten auf Gottes Wille! Da eines Tages sagte mir unser Generalsekretär, daß er gehet habe, hier am Alexanderplatz sei ein Theater schon mehrere Male danktrotz geworden, es siche jetzt leer und sei vielleicht miethsweise für unsere Zwecke zu haben“. Der Parochus der Georgen-Gemeinde, Superintendent a. D. Wegener, rief jedoch von dem Miethen des alten Komödiantenheims ab und empfahl die Stadtbahnhöfe gegenüber dem Polizei-Präsidium. Man begann die Verhandlungen mit der Eisenbahn-Behörde. In diesen Tagen suchten wir durch Rücksprachen und Unterredungen mit Freunden unserer Sache, wie durch viel Gebet, den Willen des Herrn in dieser so wichtigen Angelegenheit zu erröthen. Da, eines Abends spät, — wurde uns um 11 1/2 Uhr ein „ohne Namen“ abgegebenes Briefchen überreicht, das mit der Bestimmung „für den Zweigverein“ einen Hundertmarktschein enthielt und einen schönen bezüglichen Segenswunsch! Dies nahmen wir, gerade an diesem Abend, als einen Fingerzeig Gottes auf.“ In der Folgezeit einberufenen Beirathung hielten „wunderbarer Weise“ die Gegner des Projektes mit ihren Einwänden zurück. Es wurden auf zehn Jahre 2 Stadtbahnhöfe gegen 1600 M. pro Jahr gemiethet. (Daß das wunderbar billig, nicht nur für die dortige Gegend, sondern besonders auch mit Rücksicht auf die so überaus sparame, den Unterbeamten und Arbeitern gegenüber stets knappe Eisenbahnbehörde, ist Herrn von Nothkirch nicht aufgefallen.) Die Sache ging weiter. „Jetzt legte uns Gott der Herr eine lange Geduldprobe auf, da wir, nach Einreichung der bezüglichen Pläne zum Ausbau der Bögen, volle 3 Monate auf die polizeiliche Genehmigung derselben warten mußten!“ Die Genehmigung kam endlich, der Ausbau erfolgte „mit Gottes Hilfe“, aber unter Leitung zweier Baumeister, und der größere Theil des für die Einrichtung nöthigen Geldes wurde beschafft. „So waren wir in den Stand gesetzt, die Einrichtungsgegenstände anzuschaffen in der Hoffnung, daß die etwa noch fehlende Summe von ca. 1000 M. der Herr uns noch senden würde.“ Die Kosten des bloßen Ausbaues wurden auf 28—24 000 M. be-

rechnet. Die Sammlungen hierfür brachten anfangs wenig ein. Ueberdies sank die Gesamt-Jahresernte des Vereins „wohl infolge des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges unserer Bevölkerung“. In dieser äußerst kritischen Zeit half nun der Herr wiederum wunderbar (!) (daß eingekammerte Anrufungszeichen ist ein Zufall des Herrn von Nothkirch) aus, indem Er, der große Herrgott, uns aus unserem Beirath, Freunden- und Mitgliederkreise eine Gesammelterung von 28 200 M. innerhalb weniger Wochen zuführte.“ Zum Schluß hebt Herr v. Nothkirch noch einmal hervor, „nach all den vorerwähnten wunderbaren Gnadenswirkungen Gottes“ dürfte man zuversichtlich hoffen, daß die Filiale „ein Werk von Gott ist, und daß Er uns an diesen Ort geführt hat“. — Ueber die Ausgaben des Zweigvereins äußert sich der Redner in ähnlich interessanter Weise. Er rechnet auf den Besuch der Keilner, Bäcker und Kinder (für die Sonntagsschule), besonders aber der Mannschaften der nahe gelegenen Alexanderkaserne. Voraussetzlich wird er sich wenigstens in dem letzten Punkte nicht verrechnen. Die Offiziere des Alexander-Regiments werden sich beeilen, ihre Leute auf das neugegründete Institut in wirksamer Weise hinzuweisen. „Vielleicht“, fügt Herr v. Nothkirch hinzu, „that uns der Herr unter den Postillonen des unweit gelegenen Generaldepots für das Postwesen eine Thür auf.“ Vielleicht; das Sichere wäre aber auch hier, man ließe die Postillone durch ihre Vorgesetzten auf die Filiale des Vereins aufmerksam machen. Sollten die Räume jedoch trotzdem nicht voll werden, so wird es der Verein schon mit Gründung einiger weiteren Filialen versuchen müssen.

Trudisthem. In neuerer Zeit sind vielfach Fälle zur beobachtlichen Kenntlich geworden, in welchen ein Arbeitgeber im Baugewerbe auf dem Bauplatz Subanden als Schankstätten gegen verhältnismäßig hohen Pachtzins jemandem überließ und sich als Gegenleistung hierfür verpflichtete, seinen daselbst beschäftigten Arbeitern von dem Wochenlohn diejenigen Beträge einzubehalten, welche sie dem Subandhaber für daselbst verzehrte Waaren schuldig geblieben waren. Wir haben oft auf diese ungesetzlichen Vorkommnisse hingewiesen; jetzt macht auch die „Baugew.-Ztg.“ darauf aufmerksam, daß ein derartiges Verfahren unstatthaft und mit Strafe bedroht ist. Nach § 115 der Gewerbe-Ordnung sind Gewerbetreibende verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichsmünze zu berechnen und bar auszuzahlen. Sie dürfen den Arbeitern keine Waaren kreditiren und Lebensmittel nur zu dem Selbstkostenpreise verabfolgen, müssen dann aber in der Arbeitsordnung Bestimmungen über die Lohnabrechnung aufnehmen. Es ist ihnen nach § 115a untersagt, Lohn- und Abschlagszahlungen in Verlaufsstellen zu leisten und solche zu gunsten Dritter zu machen. Daraus folgt die Unzulässigkeit von Subanden abzugeben, die auf dem Bauplatz eingesehene Speisewirtschaft, selbst wenn der Arbeiter sein Einverständnis dazu erklärt. Die Arbeiter können die Nachzahlung der in der geschilderten Weise einbehaltenen Beträge jederzeit verlangen, sie erlangen einen Rechtsgrund, ohne Aufkündigung die Arbeit zu verlassen, außerdem wird nach § 146 mit Geldstrafe bis zu 2000 M. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft, wer als Arbeitgeber unzulässige Lohnabzüge macht.

Der Nomen, der die Meineidsverleumdung über die Sozialdemokratie kolportirt hat, scheint seiner staatsanwaltlichen Vorbeeren müde zu sein. Er ist, wie wir hören, aus seiner Verhaftung eingelassen und will sich in Berlin als Rechtsanwalt niederlassen. Sein Meineidsbandel ist sicher die beste Empfehlung für dieses neue Mitglied des Berliner Barreaus.

Nachdem die Fernsprech-Verbindung Berlin—Königsberg bis Elbing fertig gestellt ist, wird der Fernsprechverkehr zwischen den Städten Berlin, Posen, Gnesen, Bromberg, Thorn, Danzig und Elbing am 1. Juli eröffnet. Für Gespräche zwischen Berlin einschließlich der Vororte und den genannten Städten werden bis zur Dauer von 3 Minuten je 1 M. Gebühren erhoben.

Die Einnahmen, welche durch den Verkauf von Bahnreisekarten an das nicht reisende Publikum auf den Berliner Bahnhöfen erzielt werden, sind keine geringen. Während der acht Monate von Januar bis August 1893 bezifferten sich diese Einnahmen auf Bahnhof Friedrichstraße auf 24 576 M., Alexanderplatz 13 779 M., auf dem Schlesischen Bahnhof auf 12 204 M., auf dem Potsdamer Bahnhof auf 5221 M.

Die sehr thätige und kommissionäre unsere großstädtischen Keilner gemeinsam ausbeuten, davon haben wir schon mehrfach Bescheid bringen können. Ueber einen neuen Fall, der auf das Zusammenwirken beider Faktoren ein recht großes Schlaglicht wirft, wird uns von sachmännlicher Seite folgendes berichtet:

Die „Neue Freie Volksbühne“ hatte am letztvergangenen Sonntag im „Rüggelschloß“, Friedrichshagen, ein Waldfest arrangirt; zu diesem Behufe waren 40 Keilner nöthig, die der Birtth aus allen möglichen sogenannten „Kontrollen“ und sonstigen kommissionären Stellen zusammengestellt hatte. Der Vorstand der „Volksbühne“ hatte es unterlassen, die Bedingung, daß die Hilfskräfte vom Kostenlosen Arbeitsnachweis der organisierten Gastwirtschaftsgehilfen genommen werden sollen, schriftlich in den Kontrakt aufzunehmen; der nachträglich geäußerte Wunsch blieb einfach unberücksichtigt.

Wie aus einem uns vorliegenden „Arbeitschein“, den der kommissionäre Weber, Karlsruherstraße, die Gnade hatte, jedem der ihn haben wollte, für 50 Pf. anzustellen, hatten die betreffenden Keilner um 5 Uhr Morgens anzureiten, um für zwei Mark bis Nacht gegen 12 Uhr zu arbeiten und am anderen Tage noch nachzuputzen. Rechnet man den „Arbeitschein“, sowie die Fahrt nach Friedrichshagen, die im Windstille 60 Pf. kostet, so verbleiben 60 Pfennig Lohn. Daß der hart arbeitende Keilner unter solchen Umständen geradezu zum Trinkgeldbettel und zu noch weit schlimmerem getrieben wird, ist einleuchtend.

Das war nun selbst den leider zu gefügigen Keilnern, die gewiß an starke Stücken genöhnt, des Guten zu viel, und sie forderten 5 M. für solche, welche nachzuputzen, 4 M. für die, deren Arbeit am Sonntag Abend beendet.

Lorett lebte Herr Zäpfer, der Birtth, rundweg alles ab und erst dadurch, daß der Vorstand der „Volksbühne“ sich erbot, den Fehlbetrag zuzulegen, scheint auch Herr Z. veranlaßt worden zu sein, von seinem hartnäckigen Standpunkt abzugehen, und hat dann schließlich das Beforderte bezahlt.

Ueber eine ungeheure Brutalität wird uns aus dem Hause Döckstraße 17 berichtet. Der Drehschloßspieler Schulz hatte sich am Dienstag Nachmittag auf den Hof des oben genannten Hauses begeben, um dort zu spielen; hier aber wurde ihm bedeutet, daß dies nicht gestattet sei und alsbald schmolte er das Instrument wieder auf den Rücken, um sich zu entfernen. Da trat ihm auf dem Hausflur der Portier Scheibner entgegen, stellte den halbgelähmten Mann zur Rede und stieß, als sich der Drehschloßspieler verantworten wollte, denselben derartig gegen die Brust, daß er zu Boden fiel. Nun holte der Portier eine Faustlatte, mit welcher er dem Sch. einen Hieb über den Kopf versetzte, daß der Kerne bestunntlos zusammenbrach und später auf Veranlassung der Polizei nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht werden mußte. — Natürlich hatte der Vorfall viele Zeugen gehabt, die nun gegen den Portier Front machten, so daß dieser polizeilichen Schutz nachsuchen mußte, doch dauerte es längere Zeit, ehe die Menge, die Sch. Lynchte wollte, auseinandergetrieben werden konnte.

Aus der Kaufmann Simon Wolff, der 55 Jahre alt war und Solmsstr. 10 wohnte, ist der Unbekannte festgestellt worden,

der vorgestern früh als Zeiche mit einer Schnur um den Hals aus dem Humboldthafen gezogen wurde. Da Wolff wiederholt die Absicht ausgesprochen hatte, sich das Leben zu nehmen, so muß mit Sicherheit angenommen werden, daß er, bevor er den Sprung in das Wasser unternahm, mit dem Stricke einen Stein an seinen Hals befestigt hatte.

Zwei Selbstmorde, die auf nervöse Ueberreizung zurückzuführen sind, werden uns gemeldet:

Der 15jährige Schüler Otto M., der die Tertia der hohen Bürgererschule in der Weisenburgerstr. 4a besuchte, der Vater ist Rentant und wohnt Landsberger Allee 7, war auf den sonderbaren Gedanken gekommen, die Wirkungen zu probiren, die das Erhängen auf den Menschen ausübe und hatte bereits verschiedene Versuche so durchgeführt, daß er sich noch rechtzeitig aus der Schlinge befreien konnte. Am Montag Abend gegen 6 Uhr hatte er sich den elterlichen Hängeboden, wo das Mädchen schläft, zur Erneuerung des Versuches ausgewählt. Diesmal mußte er seinen Wahnsinn mit dem Tode büßen, denn er hatte nicht mehr die Kraft, seinen Kopf aus der zusammengelegten Woschleine herauszuziehen und wurde vom Vater gegen neun Uhr Abends als Leiche aufgefunden. Die Hilfe zweier Aerzte kam zu spät: Der Tod war etwa um sieben Uhr eingetreten.

Der zweite Fall betrifft den Buchhalter Adolf Kierky, der in der Johannisstr. 13 ein möblirtes Zimmer inne hatte und sich in seinen Aufsestunden mit dem Lesen Schopenhauer'scher Schriften beschäftigte. Am Montag fand die Wirtin auf dem Tisch einen Zettel, der die Erklärung enthielt, daß Kierky in Schopenhauer die Wahrheit ergründet habe, die ihn zwingt, fernorthin nicht mehr unter den Lebenden zu weilen. Noch am demselben Tage hat er sich am Gestade des Ploßensees erschossen. Die Leiche wurde bald darauf gefunden.

Aus Furcht vor einer gerichtlichen Bestrafung entleibt hat sich gestern der Maler Gerhard Weichel; er wurde in seiner Ackerstraße 16 belegenen Wohnung erhängt aufgefunden. Gegen ihn schwebten Strafangelegenheiten wegen verschiedener Vergehen.

Die Schwurgerichts-Verhandlung gegen den Wiltcher Bruno Schulz, der wegen Verdachts, den Mord am Spandauer Berg begangen zu haben, verhaftet wurde, wird am 7. Juli stattfinden.

Polizeibericht. Am 27. d. Mis. Vormittags starb in seiner Wohnung in der Ackerstraße ein Maler infolge einer Vergiftung. Er hatte am Abend vorher arsenikhaltige Farbe getrunken, um sich das Leben zu nehmen. — Vor dem Hause Königgräberstr. 25 fiel Abends ein etwa 85 Jahre alter Mann in der Trunkenheit zur Erde und erlitt eine so bedeutende Verletzung am Kopfe, daß er nach Anlegung eines Verbandes nach der Charite gebracht werden mußte. — Im Laufe des Tages fanden zwei Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Die achte Strafkammer des Landgerichts I hatte gestern Gelegenheit, gegen einen Angeklagten wegen Majestätsbeleidigung auf die außerordentlich hohe Strafe von vier Jahren sechs Monaten Gefängniß zu erkennen. Aus der Untersuchungshaft wurde der arbeitscheue Arbeiter Franz Segler vorgeführt, der kürzlich wegen Diebstahls zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden ist. In seiner Zelle erging er sich dann dem Aufseher gegenüber in einer Fluth von Schmähungen gegen den Kaiser und das gesamte Hohenzollernhaus, betreffs derer der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Laath, bei der Urtheilsverklündung erklärte, die Wippen sträubten sich, die Keuerungen wiederzugeben. Da der Angeklagte schon einmal wegen Majestätsbeleidigung mit 1 1/2 Jahren Gefängniß bestraft worden ist und der Verdacht vorlag, daß er zu diesem Mittel griff, um sich für längere Zeit unterkommen im Gefängnisse zu verschaffen, erkannte der Gerichtshof auf die oben erwähnte hohe Strafe, die mit der wegen Diebstahls noch zu verhängenden Strafe auf insgesamt fünf Jahre Gefängniß zusammengezogen wurde.

Gotteslästerung. Wegen einer in der Markthalle in Gegenwart vieler Personen ausgesprochenen Gotteslästerung wurde gestern der Maurer Wilhelm Frenzel von der ersten Strafkammer des Landgerichts zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Angeklagte war angetrunken gewesen.

Ein eigenartiger Sachverhalt lag der Anklage wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung zu Grunde, welche gestern vor der Berufungs- und Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. In der hiesigen Gewerbeschule, welche z. B. von 270 Schülern besucht wird, fanden im Januar und Februar d. J. die Klausurarbeiten der Examinanden statt. Da sich in der Nähe der Schule verschiedene Restaurationen mit Damenbedienung befanden und der Direktor befürchtete, daß die Schüler die ihnen zu Gebote stehende freie Zeit dort zubringen könnten, gestattete derselbe dem Schuldienner Volbuan, den Schülern auf Verlangen Flaschenbier zu holen. Den Schülern behagte das Getränk nicht; sie baten den Schuldienner, ihnen Bier von der Schloßbrauerei Schöneberg zu besorgen. Volbuan kam dem Wunsch nach und von dieser Zeit an lieferte die Brauerei täglich zwei Kisten voll Flaschenbier, welches den Schülern ohne Aufschlag von den Volbuan'schen Eheleuten abgelassen wurde. Da Frau Volbuan mit dem Zusammenhören der leeren Flaschen erhebliche Mühe hatte, so schenkte der Kutscher ihr ab und zu eine Flasche Bier. Ein in der Nachbarschaft wohnender Bierverleger erblickte in dieser Thätigkeit des Schuldienners eine unerlaubte Konkurrenz. Er erstattete Anzeige und der Schuldienner Volbuan wurde auch vom Schöffengericht wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes zu der gefälligen Strafe von 108 M. — das Doppelte der hintergangenen Jahresneuern — verurtheilt. Im gestrigen Termine vor der zweiten Instanz socht der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Bont, das Erkenntniß des Vorderrichters energisch an. Zur Ausübung des Schankgewerbes sei doch in erster Linie erforderlich, daß der Ausübende einen Vortheil dadurch erziele. Dies sei vorliegend doch nicht zutreffend, denn die Flasche Bier, welche die Ehefrau Volbuan von dem Kutscher erhalten habe, sollte nur eine Erkenntlichkeit für ihre Hilfeleistung sein.

Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an, hob das erste Urtheil auf und fällt ein freisprechendes Erkenntniß.

Welchen Weg bisweilen das Fleisch nimmt, welches von den Thierärzten als ungenießbar verworfen und der Abdeckerei überwiesen wird, lehrte eine Verhandlung, welche vor einigen Tagen vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Schlächter Jakob Berner zu Friedrichshagen und die beiden auf der fälschlichen Abdeckerei beschäftigt gewesenen Arbeiter Karl Lucht und Gustav Börlinghausen des Wanden-diebstahls, die Ehefrau Marianne Berner war der gewerbmäßigen Hehlerei und alle vier Angeklagte waren des Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz beschuldigt. In Betreff der Diebstähle waren die drei ersten Angeklagten geständig. Sie räumten sechs Fälle ein. Einer der Schuppen, die in der Abdeckerei zur vorläufigen Aufnahme des verworfenen Fleisches dienen, wird von einem Weg begrenzt und hat nach dieser Seite hin ein Fenster. Lucht und Börlinghausen wußten sich mit Hilfe eines Nachschlüssels Zutritt zu diesem Schuppen zu verschaffen. Zur verabredeten späten Abendstunde hielt Berner mit einem Handwagen auf dem Wege neben dem Schuppen und Lucht und Börlinghausen dann große Stücke Fleisch durch das Fenster hinaus. Es sollen bisweilen sechs bis

Sieben Zentner gewesen sein. Am Abend des 26. Februar wurde Werner von dem Gendarmen Kölsch, der sich in der Nähe verborgen gehalten, überrascht. Es befanden sich bereits 4 Zentner Fleisch auf dem Wagen. Die in der Berner'schen Wohnung vorgenommene Nachsuchung ergab ein überreiches Resultat. Es wurde im Keller ein großer Haß voll Vötelfleisch gefunden, ein gleiches Haß voll Fleisch und sieben Schinken hatte Frau Werner kurz vor der Hausdurchsuchung, als sie von der Verhaftung ihres Mannes erfahren, einem benachbarten Restaurateur zum Aufbewahren gegeben, und ein Rinderviertel war von der Ehefrau eines Restaurateurs aus der Berner'schen Wohnung abgeholt worden. Die Anklage nimmt an, daß alles dies Fleisch aus den Diebstählen auf der Altdorferstraße herrührt. Im Besitze der Frau Werner fand die Polizei zwei Sparschneidbäcker über 2500, beziehungsweise 200 M., das Geschäft scheint demnach ein sehr einträgliches gewesen zu sein. Der bereits wegen Betrugs und Diebstahls vorbestrafte Werner ist übrigens eine keineswegs gut beleumundete Persönlichkeit. Er war der Geliebte der Frau Vaneh, die vor einigen Jahren von dem Schneider Klausin ermordet wurde. Frau Vaneh betrieb schon damals einen schwungvollen Fleischhandel. In der Voruntersuchung hatte Werner angegeben, daß er das gestohlene Fleisch an Schiffer verkauft habe, die mit ihren Rähnen bei Stralau und Rummelsburg lagen. Im Verhandlungstermin widerrief er diese Angaben insoweit, als er den Schiffern ausdrücklich gesagt haben will, daß das Fleisch nur als Hundesutter zu verwerthen sei. Er habe es auch nur als solches bezahlt erhalten. Das Fett habe er vorher von dem Fleische losgetrennt und es an Seifenfabrik verkauft. Werner behauptete ferner, daß dasjenige Fleisch, welches in seiner Wohnung beschlagnahmt, und dasjenige, welches an Restaurateurs geliefert wurde, gesund und gut gewesen sei. Er sei ein fähiger Einkäufer in der Markthalle gewesen und könne sich hierüber auf Zeugen berufen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wurm, hielt diesen Entlastungsbeweis für so wichtig, daß er die Vertagung beantragte. Der Gerichtshof glaubte ebenfalls, dem Angeklagten Werner diesen Beweis nicht abschneiden zu sollen und vertagte deshalb die Verhandlung.

Gewerbegericht. Sitzung vom 24. Juni. Kammer VI. Der Schleifer Schiller klagt gegen die Stockfabrikanten Gebrüder Kalinowski auf Zahlung eines Lohnrechtes für einen Tag, und zwar verlangt er den zweiten Pfingsttag, und im Falle der Ablehnung seines Klageantrages, den Himmelfahrtstag bezahlt. Er führt sich darauf, daß er in Wochenlohn bei den Beklagten beschäftigt war. Kläger hat, wie seine Vernehmung ergab, beinahe ein Jahr bei denselben gearbeitet und während dieser Zeit bisher nie auf die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage Anspruch erhoben. Er wurde mit seiner Klage lastensichtlich abgewiesen. Die Urtheilsbegründung lautete: Der Gerichtshof habe sich nicht davon überzeugen können, daß, wenn auch Kläger in Wochenlohn angenommen war, er Anspruch hatte auf die Bezahlung derartiger gesetzlicher Feiertage. — Prinzipiell ist diese Entscheidung nicht, da besondere Umstände in diesem Einzelfalle für sie maßgebend waren; betrifft der Bezahlung der Feiertage an Wochenlohnarbeiter hat das Gewerbegericht bisher noch keine grundsätzliche Entscheidung getroffen. Nur einmal wurde von einem der amtierenden Assessoren die Bezahlung eines gesetzlichen Feiertags an einen in Wochenlohn stehenden Arbeiter als gesetzlich bezeichnet, woraus der beklagte Arbeitgeber einen entsprechenden Vergleich schloß.

Die Oberfelder Strafkammer verhandelte vor einigen Tagen gegen den verantwortlichen Redakteur des hiesigen „Generalanzeigers“, Herrn Dr. Köpcke, wegen Verleumdung des hiesigen Hauptlehrers. Angeklagt war ein Artikel in Nr. 181 des „Generalanzeigers“ vom 5. Oktober vorigen Jahres, worin den hiesigen Hauptlehrer Dabucht und Gewissenhaftigkeit vorgeworfen wurde. In dem Artikel wurde behauptet, daß die Hauptlehrer von der ihnen für Reinigung und Heizung der Klassenzimmer ausgehenden Pauschalsumme von 96 M. jährlich dadurch Ersparnisse machten, daß sie minderwertiges, mit Asche und Kechricht vermisstes Heizungsmaterial lieferten. Die Verhandlung ergab, daß der Artikelschreiber so ziemlich ins Schwarze getroffen hatte. Sechzehn als Zeugen geladene Klassenlehrer bekundeten, daß thatsächlich seit dreizehn Jahren in fünf hiesigen Schulen wegen des schlechten und dazu nicht einmal ausreichenden Heizungsmaterials im Winter die Klassentemperatur so niedrig gewesen ist — durchschnittlich 5—9 Grad Reaumur —, daß Lehrer und Schüler die Mäntel anziehen mußten, um sich gegen die Kälte einzuschützen zu können. Alle Beschwerden bei den Hauptlehrern und in einzelnen Fällen bei der vorgesetzten Behörde brachten keine Abhilfe. Die Verhandlung war namentlich interessante Streiflichter auf das Verhalten der städtischen Schulverwaltung den verschiedenen Beschwerden gegenüber. Einem Klassenlehrer, der dem Stadtschulrath Dr. Borchert gegenüber diese Mißstände erörtert hatte, wurde mit Verweisung bedroht; ein anderer Lehrer, der sich beschwerdebezüglich an die vorgesetzte Behörde gewandt hatte, wurde derartig barock angefahren, daß er es vorzog, lieber weiter zu streiken, als die Angelegenheit ein zweites Mal zur Sprache zu bringen. Ein Mitglied des Schulvorstandes, das die Wichtigkeit einer eingelaufenen Beschwerde untersuchen sollte, begnügte sich damit, festzustellen, daß es in dem Klassenzimmer allerdings sehr kalt sei und die Kinder auf den kommenden Frühling zu vertreten. Angesichts eines solchen Verhaltens der städtischen Schulverwaltung ist es erklärlich, wenn die Klassenlehrer sich nicht weiter beschwerdebezüglich an die vorgesetzte Behörde wandten, wie denn auch sämtliche Zeugen auf Befragen, warum sie nicht Anzeige erstattet hätten, erklärten, daß es eine mißliche Sache sei, sich mit dem Hauptlehrer zu überwerfen und sich bei der städtischen Schulverwaltung in Mißkredit zu bringen. Ein Klassenlehrer führte ein Galileiden, mit dem er seit einigen Jahren behaftet ist und ein anderer einen horntüchtigen Rheumatismus auf diese Uebelstände zurück. Nach etwa einjähriger Beratung verurtheilte der Gerichtshof das Urtheil, das dem Angeklagten zwanzig Mark Geldstrafe auferlegte. In der Begründung wurde hervorgehoben, daß die oben geschilderten Zustände allerdings die Kritik herausgefordert hätten. Der Angeklagte hätte seine Beschuldigungen aber nicht gegen alle Hauptlehrer richten dürfen, da nur in bezug auf fünf der Beweis der Wahrheit geführt worden sei. Die „Frankfurter Zeitung“, der wir diesen Bericht entnehmen, bemerkt hierzu: „Dieses Urtheil bildet wieder eine interessante Illustration unserer pädagogischen Zustände. Der Redakteur zieht schwere Uebelstände aus Tageslicht und führt dadurch voraussichtlich deren Abstellung herbei. Er hat sich dadurch ohne Zweifel um weite Kreise des Publikums ein großes Verdienst und den Dank der Eltern, Lehrer und Kinder erworben; das Gericht aber diktiert ihm wegen eines geringfügigen, wahrscheinlich kaum vermeidbaren Formfehlers eine Geldstrafe! Wie demnächst muß das wirken!“ Aber, liebe Frankfurterin, soll denn zur Aufdeckung von Mißständen überhaupt ermahnt werden?

Reichsgericht. Leipzig, 27. Juni. (Majestätsbeleidigung.) Daß auch in dem Abdruck eines Berichtes über eine Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung unter Umständen eine neue Majestätsbeleidigung erblickt werden kann, hat der Redakteur der (sozialdemokratischen) „Volkswacht“ in Breslau erfahren müssen. Im Januar d. J. fand vor dem Reichsgericht die Revisionsverhandlung gegen den sozialdemokratischen Redakteur Feldmann in Bangenbühlau statt, welcher vom Landgericht Schweidnitz wegen Beleidigung des Königs von Preußen zu 1 Jahre Gefängnis verurtheilt worden war. Ueber diese Verhandlung ging einer größeren Anzahl von Zeitungen aller Parteien ein gleichlautender Bericht zu, in welcher der Thatbestand (es handelte sich um den Abdruck einer Thierjabel) angedeutet und die demselben zu theil gemordene Verurtheilung durch das Landgericht Schweid-

nitz mit den eigenen Worten des Urtheils dieses Gerichtes wiedergegeben war. Den zweiten Theil des Berichtes bildeten die Revisionsanträge, die Ausführungen des Verteidigers und das Urtheil des Reichsgerichts. Diesen Bericht druckten eine Reihe von Zeitungen ab, und aus einer von ihnen entnahm der Redakteur der „Volkswacht“, Paul Hennig in Breslau ihn wörtlich. Das Landgericht Breslau erklärte nun in dieser Wiedergabe eine Verleumdung des Königs von Preußen und verurtheilte Hennig am 27. April zu 6 Monaten Gefängnis. Eine Wiedergabe der Urtheilsgründe müssen wir uns aus naheliegenden Gründen versagen, wenn gleich sich nicht bestreiten läßt, daß es im höchsten Grade wünschenswert wäre, wenn die hierbei zu Tage getretenen Rechtsanschauungen zur allgemeinen Kenntniß gelangten. — Die Revision des Angeklagten kam in der heutigen Sitzung des 4. Strafsenats des Reichsgerichts zur Verhandlung. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Gade von hier, der auch im Januar den oben erwähnten Redakteur Feldmann vertreten hatte, rügte Verurteilung des Begriffes der Verleumdung. Dem abgedruckten Berichte fehlte jede eigene Kritik und es sei auch nicht festgestellt, daß der Angeklagte die Absicht gehabt habe, nur durch die objektive Wiedergabe zu beleidigen. — Herr Reichsanwalt Treplin beantragte die Verurteilung der Revision, da das, worauf es in solchen Fällen ankomme, fehlerlos festgestellt sei. Mit Recht sage das Urtheil, daß der Angeklagte, wenn er einen anderen Zweck als den der Wiedergabe der Verleumdung verfolgt hätte, er sich anders hätte ausdrücken und die fraglichen Stellen hätte weglassen können, daß er demnach die Verleumdung habe weiter verbreiten wollen. — Das Urtheil des Reichsgerichts lautete ohne weitere Begründung auf Verurteilung der Revision.

Leipzig, 28. Juni. Das Reichsgericht hat in dem Bundesvertrags-Prozesse gegen den Gajowitz Emil Jöhner aus Bielefeld im Falle des Angeklagten wegen verurtheilten Landesverrats zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt und die Vernichtung des beschlagnahmten Notizbuchs des Angeklagten, welches Stützen der Forts von Norddeutsch enthält, angeordnet. Während der Urtheilsbegründung wurde wegen Gefährdung der Sicherheit des Staates die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen.

Soziale Uebersicht.

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten bestand bei der letzten Volkszählung, am 1. Juni 1890, aus 62 622 250 Personen; mit den Indianern und anderen Personen auf indianischen Territorien, indianischen Reservatgebieten und in Alaska mit eingerechnet, betrug die Bevölkerung 62 979 766 Personen. Im Jahre 1880 betrug sie sich — mit Ausschluß der vorerwähnten Indianer — auf 50 155 288. Der absolute Zuwachs in dem Jahrzehnt war daher 12 464 467 oder 25 pCt. Zwischen 1860 und 1890 verdoppelte sich die Bevölkerung: im ersten Jahre betrug sie 31 448 321 — die Indianer nicht mit eingerechnet. Angenommen, daß die Zunahme der Bevölkerung seit 1. Juni 1890 sich in demselben Verhältnis vermehrt habe, wie während der Jahre 1860—90, so müßte dieselbe am 1. Juni 1908 beinahe 67 300 000 gewesen sein. Von der Gesamtbevölkerung — die Indianer ausgeschlossen — waren 53 872 703 amerikanischer und 9 249 547 oder 14,7 pCt. fremder Geburt. Die größte Anzahl der letzteren Klasse war in North-Dakota, welches 45,58 pCt. hatte. Unter den anderen Staaten hatte Minnesota 35,9 pCt., Wisconsin 30,78, Rhode Island 30,77, Kalifornien 30,32, Massachusetts 29,85, Newyork 28,19, Michigan 25,97, Connecticut 24,8, New Jersey 22,77, Illinois 21,01, Iowa 16,98, Pennsylvania 16,08, Ohio 12,51 und Kansas 10,86 pCt. Bevölkerung von fremder Geburt. Mehrere der neuen Staaten und Territorien im Nordwesten hatten große fremde Bevölkerungen. Unter den nördlichen Staaten hat Indiana den geringsten Prozentsatz von Einwohnern fremder Geburt — nämlich 6,67 pCt.; Virginia, Tennessee und Arkansas haben jedes nur 1 pCt. Die Gesamtzahl der Personen von afrikanischer Abstammung war am 1. Juni 1890 in den Vereinigten Staaten 7 470 040, außerdem gab es noch 107 478 Chinesen und 2039 Japaner. Im Jahre 1890, gerade vor dem Ausbruch des Sezessionskrieges, zählte die Bevölkerung von afrikanischer Abstammung 4 441 890 Personen. New-York war bis zur Zeit der Volkszählung von 1890 der vollereiche Staat der Union. Illinois nahm 1890 den zweiten Rang, Ohio den vierten, Missouri den fünften ein, und dann folgten Massachusetts, Texas, Indiana und Iowa. Die Bevölkerung der nordwestlichen Gruppen von neuen Staaten verdoppelte sich während 1880—90, während Nevada an Bevölkerung abnahm. Das Wachstum des Staates Washington von 1890—90 war verhältnismäßig größer als das irgend eines anderen Staates, seine Bevölkerung veranfachte sich beinahe während dieser Periode. In 1890 gab es nur eine Stadt, die eine Bevölkerung von über 1 000 000 Seelen besaß — nämlich New-York. Im Jahre 1890 gab es fünf solcher Städte — nämlich New-York, Chicago und Philadelphia. Im Jahre 1870 gab es nur 14 Städte, von denen jede mehr als 100 000 Einwohner enthielt; 1890 hatte sich diese Zahl auf 20 und 1890 auf 28 vermehrt.

Veranstaltungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte am Dienstag eine Versammlung, in welcher Al. L. einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie hielt. Unter anderen sprach der Redner eine Reihe von Mittheilungen über vorgelommene Wahlbeeinträchtigungen in sein Referat ein, die von Neuhaus, Stabernak, Dajzig, Japen, Lütgenau, Koch und Göhrig noch ergänzt wurden. Zu Revisoren wählte die Versammlung darauf die Genossen Fischer, Scholz und Gadegeß. Nachdem auf die am 11. Juli stattfindende Generalversammlung hingewiesen war, wurden die Briefkastenfragen erledigt. Zu längerer Debatte gab die Anfrage wegen Verleumdung der Fahnen und Dekorations-Miethen an den Arbeiter-Sängerbund Veranlassung. Diese Organisation hält gemeinschaftlich mit der Arbeiter-Bildungsschule am 9. Juli ein Fest ab, bei welchem diese Gegenstände verwendet werden sollen. Wegen einige Stimmen wurde schließlich ein Antrag angenommen, monach die Fahnen und Dekorationsstücke zu diesem Fest herzustellen sind.

Eine öffentliche Töpferversammlung nahm am 27. d. M. den Bericht über den letzten deutschen Töpferkongress in Halle a. S. entgegen. Auf dem Kongress waren 22 Ortschaften durch 82 Delegirte vertreten. Der Zentralverband ist durch den Kongress begründet worden. Die Berliner Töpfer werden als organisiert gelten, auch wenn sie nicht dem Verbande beitreten; auch werden die reisenden organisierten Berliner Töpfer Wanderunterstützung vom Verbande erhalten, sofern dieselben ihren hiesigen Verpflichtungen nachkommen sind. Ebenso sind die Berliner Töpfer zur Unterstützung verpflichtet. Das Fachorgan „Der Töpfer“ bleibt bestehen. In betreff der Kontofordrage und Fensterfrage wurde eine Petition an den Reichstag an reichsgesetzliche Regelung dieser Fragen beschlossen. Die internationalen Beziehungen soll eine Kommission regeln. Die vom Kongress beschlossene Resolution betreffs der Organisation lautet wie folgt: In Erwägung, daß bei der heutigen industriellen Entwicklung, sowie unter der immer weiter um sich greifenden

kapitalistischen Wirtschaftsweise jede während den Beschäftigung und Schwankungen und daß bei diesem Entwicklungsprozesse zweigen eine stetig zunehmende Existenzlosigkeit Personen immer häufiger zu Tage tritt, ist der Ansicht, daß ein großer Theil der Töpfer und verwandten Genossen, gleichviel ob ledig oder verheiratet, ab in die Landstrafe gedrängt von Ort zu Ort hin- und her werden.

In weiterer Erwägung, daß durch vorgenannte Thatsachen die Unmöglichkeit eintritt, eine kleinere Gruppe organisierter Töpfer und Berufsgenossen in einer Einzelorganisation zusammen zu halten, indem die besten Kräfte innerhalb jeder Arbeiterorganisation am meisten unter dem Druck der Unternehmerrückwärts zu leiden haben und brotlos gemacht werden.

Drittens, weil die bestehenden und immer wiederkehrenden Krisen nach und nach ständig bleiben werden, und bei längerer Andauer kleinere Organisationen ohne weiteres in Frage stellen.

Beschließt der 8. deutsche Töpferkongress, den Allgemeinen Unterhaltungsverein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands als Organisation für die Töpfer Deutschlands anzuerkennen; die Kollegen werden allerorts ersucht, Mitgliedschaften des vorgenannten Vereins zu gründen und sich durch Wahl eines Vorstandes oder Vertrauensmannes anschließen zu lassen.

Der Kongress tritt endlich der irigen Meinung entgegen, die lokalen Mitgliedschaften hätten keine Bewegungsfreiheit. Jede Mitgliedschaft wird aufgefordert, wenn erforderlich, mit Gewerkschaften gleicher Art Verträge einzugehen, welche für die lokalen Verhältnisse des einzelnen Ortes nützlich sind.

Der Kongress erklärt weiter, jeder Töpfer, welcher als organisiert gelten will, muß dem Allgemeinen deutschen Töpferverein angehören. (Berlin ausgenommen.) Dem Berichte der drei Delegirten Hagen, David und Thiem folgte eine ausgedehnte Diskussion, an der von zentralistischer Seite Jacobey, Tschidulski, Münkerpost und Greier theilnahmen. Zu bemerken ist noch, daß die Verbandsbeiträge wie folgt normirt sind: bei einem Wochenlohn bis zu 13 M. Beitrag 15 Pf. pro Woche, von 13—20 M. Beitrag 20 Pf. pro Woche, von 20—30 M. und darüber Beitrag 30 Pf. pro Woche. Zum Schlusse der Diskussion und mit ihr der Versammlung gelangte unter Ablehnung einer von Jacobey und Genossen beantragten Resolution folgende von Daudert eingebrachte Resolution mit bedeutender Stimmenmehrheit zur Annahme:

„Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Thätigkeit ihrer drei Delegirten auf dem 8. deutschen Töpferkongress einverstanden und beschließt strenge Verwahrung einzulegen gegen eine Befreiung des Vertrauensmänner-Systems durch den Kongress, sowie gegen Eingehung irgend eines Kompromisses, da das Fortbestehen einer Verbandsform in Berlin bei event. vorkommenden Lohnkämpfen, wie es die letzte Lohnbewegung bewiesen hat, ein gemeinsames Vorgehen unmöglich macht. In anbetragt dessen beschließt die heutige Versammlung, die bisherige Form des Vertrauensmänner-Systems als geeignete Kampforganisation beizubehalten, dieselbe nach Kräften auszubauen und die Kollegen Deutschlands zu veranlassen, hierzu Stellung zu nehmen, um mit der unzulänglichen festen Zentralisationsform endgiltig aufzuräumen, da dieselbe für den eigentlichen Hauptzweck, Lohnkampf und Agitation, keine Mittel übrig hat, vielmehr der weitaus größte Theil aller Einnahmen für Verwaltungskosten, Wanderunterstützung etc. verbraucht wird, wie dieses der Rechenschaftsbericht von Halle und die erfolgten Abrechnungen anderer Verbände zur Genüge ergeben haben.“

In der Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirthe vom 29. Juni hielt Dr. Jabel einen Vortrag über: „Die optischen und physikalischen Instrumente in der Medizin“. Eine Diskussion über den mit großem Beifalle aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Der Antrag des Kollegen G. Böhl, 200 M. für den Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei zu bewilligen, wurde nach längerer Debatte angenommen. — Aufnahme in den Verein fanden folgende Kollegen: Wilh. Dannenberg, Kaffianen-Allee 94; Heinrich Möller, Straße 44a Nr. 8; Joh. Schoemann, Deimstr. 16. Mehrere Anträge, welche noch auf der Tagesordnung standen, wurden vertagt, um denjenigen, welche sich noch an der Agitation für die Stichwahlen betheiligen wollten, nicht länger aufzuhalten. Deshalb fand auch die Versammlung einen frühen Abschluß.

Der Verband der im Vergulder-Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands erörterte in seiner letzten Versammlung die betrieblischen Zustände, welche namentlich in der Leistenbranche vorherrschen. Bei den Firmen Jöbs v. Sohn, August Beckmeister und andere sind z. B. Löhne von 10 bis 15 M. keine Ausnahme. Durch vielfache Mängel ist der Lohn für Alfordarbeit auf die Hälfte gesunken; die Arbeiter sehen unter diesen Umständen ihre Lage immer tiefer sinken, ohne daß sie, dank ihrer Indifferenz, ernsthaft an eine Bewegung zur Besserstellung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse denken. Beschlossen wurde, durch lebhafteste Agitation die unorganisierten Kollegen an ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu gemahnen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Firma Kofenzweig, Lüneburgerstr. 24, ebenfalls Lohnkämpfungen vornimmt.

Der Banarbeiterverein der Rosenthaler Vorstadt beschloß in seiner Versammlung vom 19. Juni, daß dem Mitglied Ehrengrube die Unterstützung von 6 M. nicht gewährt werden soll. Die Angelegenheit des Mitgliedes Hänsler fand dadurch ihre Erledigung, daß die Krankheitsbescheinigung vorgebracht wurde. Zum Schluß forderte Gahmann die Mitglieder auf, daß am 12. August in Noack's Freisälen, Brunnenstr. 6, stattfindende neunzehnte Stiftungsfest zahlreich zu besuchen. Die nächste Versammlung tagt am 16. Juli.

Im Verein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter für Schneberg und Umgegend wurde am 18. Juni über einen von Seidel eingebrachten Antrag verhandelt, monach kranke Kollegen vom Verein aus unterstützt werden sollen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt und beschlossen, daß Kranke wie bisher auf privatem Wege durch Visitenbesuche unterstützt werden sollen. Zum Schluß wurden die Mitglieder in einer Resolution zur fleißigen Theilnahme an der Wahlarbeit aufgefordert.

Die in der Marmor- und Granitbranche beschäftigten Arbeiter nahmen in einer am 27. Juni stattgefundenen öffentlichen Versammlung den Bericht ihres Delegirten vom 6. Steinmetzkongress in Frankfurt a. M. entgegen. Der Kongress hat auf Antrag der sächsischen Delegirten hin mit großer Majorität als ferner Organisationsform die lose Zentralorganisation mit Vertrauensmännertheil gewählt. Der bisherige Zentralverband der Steinmetze Deutschlands, geht zum 1. Oktober d. J. ein und macht der Zentral-Organisation aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter Deutschlands Platz, in der sich alle verwandten Berufe verschmelzen sollen. Berlin wurde als Vorort und Sitz der Geschäftsleitung gewählt. Einige Berliner Delegirte wurden beauftragt, unter Hinzuziehung befähigter Kollegen in kürzester Zeit den Organisationsplan auszuarbeiten. Außer den Delegirten von Halle, Magdeburg und Augsburg waren alle Theilnehmer des Kongresses durchaus nicht mit der Schreibweise des Bauhandwerkes (ihres Fachorgans) einverstanden, da jedoch keine der Organe verwandter Berufe so wie „Der Bauhandwerker“ auf dem Boden der losen Zentralorganisation steht, so werde man dies Blatt wohl auch in Zukunft beibehalten. Um die Agitation möglichst intensiv betreiben zu können, soll Deutschland in Bezirke mit bestimmten Vororten getheilt werden. Nur wenn geeignete agitatorische Kräfte in denselben nicht vorhanden sind, hat die

